INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 157

1. August 1991

Vorwort

Das erwartete Sommerloch ist noch nicht da. Der Briefkasten war kurz vorm überlaufen. Da wir den Umfang der Zeitung nicht erweitern können und bis Mitte September nur 14-tägig erscheinen werden, sind viele Papiere im Ordner zu finden, bzw. aufgeschoben. Den Rest haben wir zu einer Bleiwüste verarbeitet. tschuldigung (Einer von uns hat da allerdings immer Spaß dran.)

Das Titelbild zeigt die Demo von GesundheitsarbeiterInnen aus Ostberlin am letzten Mittwoch, als sie mit wilden Streiks in mehreren Krankenhäusern die Arbeit niederlegten. Am Donnerstag gab es ähnliche selbstorganisierte Aktionen in anderen Krankenhäusern (z.B.Eberswalde). Mit einem angemeldeten Aktionstag am Freitag, versuchte die Gewerkschaft wieder die Kontrolle über das Geschehen zu kriegen, aber die AktivistInnen der ersten beiden Tage distanzierten sich deutlich von dem Integrationsversuch und nahmen nicht teil. Die dreckige Politik des DGB bringt keine von uns besser auf den Punkt als der Berliner ÖTV-Boss Kurt Lange selbst:

> Ein Tarifvertrag ist kein Selbstzweck. Er muß den Betriebsfrieden sichern, die Arbeitsorganisation mitgestalten, den Beschäftigten das Gefühl geben, daß sie angemessen entlohnt werden. Wenn ein Tarifvertrag den Menschen das Gefühl vermittelt, nicht anständig bezahlt zu werden, dann hat er keinen Zweck mehr.

In Hamburg haben die Bullen letzte Woche den Florapark geräumt. Der Wiederbesetzungsversuch scheiterte vorerst. BRD-weit gab es massenweise Soliaktionen, von denen wir leider nur 2 aus Berlin dokumentieren können, da einfach kein Platz mehr ist. Trotzdem:Viel Kraft und solidarische Grüße aus Berlin.
Der Park bleibt grün - die Flora rot!!

Auf nach Wunsiedel! Euer Plakat konnten wir nicht bringen, da wir schwarz auf rot drucktechnisch nicht weiterverarbeiten können. Die Daheimgebliebenen werden sich am 17.8. hoffentlich trotzdem massenhaft in Bewegung setzen. Die Vorbereitung in Berlin läuft jedenfalls schon.

Vor einigen Tagen gabes in dem ehemals besetzten Haus in der Dunckerstr. die 2te Brandstiftung, wodurch wieder etliche Wohnungen vernichtet worden sind. Zwar gibt es zur Zeit noch viel zu wenig verläßliche Informationen, aber daß die Brände im Interesse von Spekulantenpack und Baumafia sind, ist offensichtlich. Die nächste Interim erscheint am 15.8., bis denne

Inhalte:

Ordnerliste:

- Pressemitteilung Verein Hafenstrasse
- Volxsport Flora Kiel, Hannover
- Infos aus Frankreich
- Programm der Europa- Caravane
- Genom- Analyse Braunschweig#
- Wandertour
- Huidobro (El Nato)
- Knastcamp in Aichach
- edel
- Wagenburg Stuttgart
- Solidaritätskomitee mit ÖZGÜR-DER
- Räumung Sternwarte Kiel
- BekennerInnenschreiben gegen Umstruktierung

Impressum
Redaktionsanschrift: s. o.
Herausgeberin: Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Gemeinsam gegen alte und neue Nazis

Wunsiedel darf kein Wallfahrtsort sein!

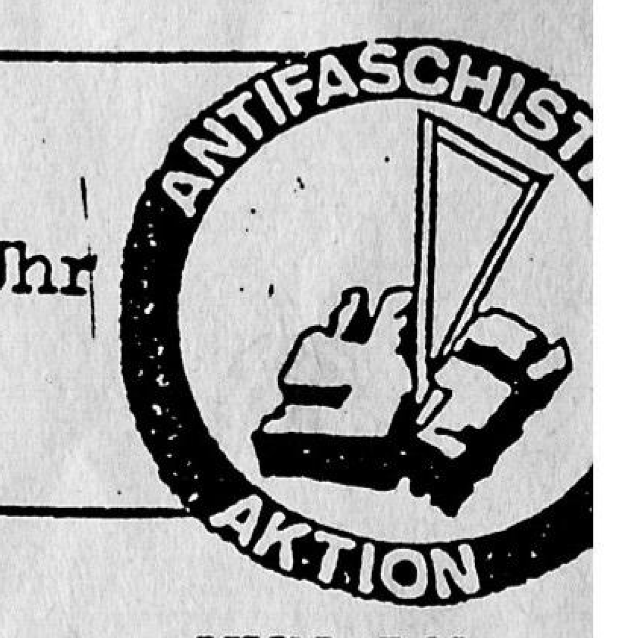
Zum 4.Mal jährt sich am 17.08.1991 der Todestag des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrecher Rudolf Heß.
Für die gewaltätige Rechte ist Wunsiedel zum Wahlfahrtort geworden.
Im letzten Jahr waren es 1300 Alt- und Neonazis die ihren "Märtyrer" ehrten und glorifizierten.
In Wunsiedel haben die Faschisten einen Wahlfahrtsort gefunden, in dem sie mit behördlicher Genehmigung ihre Ideologie verbreiten können.
So greifen Sie hier in ihren Reden und später woanders tatsächlich alle Menschen an die sie als "Minderwertig" betrachten: MigrantInnen, Homosexuelle, Frauen, Linke, Andersdenkende, ethnische Minderheiten, etc....!
Hier hofft die Führungsspitze der Alt- und Neonazis sich unbehelligt treffen zu können, um offen für den Wideraufbau der NSDAP zu werben ("Nationale Liste", "Deutsche Alternative", Nationale Offensive", Nationalistische Front", "FAP", verschiedene andere Skonhead und Wehrsportgruppen).
Ohne nennenswerten Widerstand von seiten der Kommunalpolitiker wird Ihnen die Straße überlassen. Auch von großen Teilen der Bevölkerung wird die Gefährlichkeit derer, die da anscheinend so "sauber und ordentlich" durch die Stadt marschieren, verkannt.
Dabei handelt es sich bei der "Rudolf Heß Gedenkkundgebung" um den größten öffentlichen Naziaufmarsch seit 1945!

Es sind die Gleichen, die überall in der BRD EmigrantInnen und Andersdenkende terrorisieren und auch vor Morden nicht zurückschrecken.
Es sind die Gleichen, die in der Sylvesternacht einen Menschen in Göttingen umgebracht haben, die in Dresden zwei Menschen aus der Straßenbahn gestoßen haben, die Woche für Woche Anschläge auf linke Zentren verüben, die Flüchtlings heime anzünden... die Auflistung ließe sich fortsetzen.
In Anbetracht der Geschehnisse der letzten Monate in den neuen Bundesländern, ist zu erwarten, daß in diesem Jahr die Zahl der Nazis, die sich in Wunsiedel trifft , noch steigen wird.

Wir wollen dem "Braunen Spuck" etwas entgegensetzen! Wunsiedel darf nicht der Wahlfahrtsort der Faschisten bleiben!
Darum rufen wir alle Menschen, die diese menschenverachtende Entwicklung nicht als "normal" hinnehmen wollen auf, mit uns gemeinsam am 17.08.91 eine Demonstration durchzuführen, um uns für eine gelichberechtigte Gesellschaft einzusetzen.

WUNSIEDEL
17. August 13.30h
Burgermühlweiher

Rückmeldung an:
Antifaplenum Nürnberg
Tel. 0911/ 226598 Do. 17-20 Uhr
~~Plk Nr. 058259d~~
8500 Nünberg



Erstunterzeichner: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes,VVN LV Bayern, DKP Ingolstadt, IGF Ingolstadt, Bayerisches Antifaplenum, KB Nürnberg, ABIDOZ Nürnberg, Volksfront Landesvorstand Bayern, VL Halle, Anifa Initiative Vogtland/Fichtelgebirge/Frankenwald, Aktionsgruppe Jugend Oelsnitz, Antifa Plenum Lübeck, Die Grünen Kv Passsau Stadt, Grüne Hochschulgruppe Passau

BERLIN - NOLYMPIC CITY

Olympia 2000 in Berlin? Das sind ja noch neun Jahre! Wieso sich denn darum jetzt schon den Kopf machen? Weit gefehlt! Die Uhr läuft bereits. Riesige Planungsstäbe sitzen an den Reißbrettern und lassen, noch auf dem Papier, die Abrißbirne kreisen, um die erforderlichen Straßen, Bahnhöfe, Hotels und Sporthallen bauen zu können. Im September 1993 wird das IOC (Internationales Olympisches Komitee) entscheiden, wo die Spiele 2000 stattfinden. Bereits in 7 Wochen, vom 16.-20. September, kommt die erste hochoffizielle und höchstwichtige Besichtungsdelegation - die hohen Herrn vom Exekutivkomitee des IOC. Es wäre zu schön, wenn es uns trotz Sommerflaute gelingen würde, diesen Managern des Kommerzsports einen möglichst unfreundlichen Empfang zu präsentieren.

Auch wenn eine Dampfwalze mit Namen Umstrukturierung auf uns zurollt, deren Auswirkungen wir im Moment vielleicht ansatzweise erkennen, sagen wir an dem Punkt Olympia "Bis hierhin und nicht weiter!"

So weit wir die bisherigen Planungen für Olympia kennen, wird der Umfang der Baumaßnahmen im Vergleich zur Hauptstadt geringer ausfallen. Für die Hauptstadt werden ganze Stadtteile auf den Kopf gestellt (z.B.Tiergarten und Mitte), müssen 30.000 Wohnungen "für den gehobenen Bedarf" gebaut werden, wird vorausssichtlich der Lehrter Bahnhof nebst den angrenzenden Teilen von Moabit zum ICE-Kreuz mit Einkaufszentren und Hotels ausgebaut usw usf. Die Umstrukturierungsmaßnahmen für Olympia werden im Vergleich dazu bescheidener sein. Aber dennoch wird Berlin bis zum Jahr 2000 eine einzige Baugrube bleiben und es wäre fatal diese beiden für SIE zentralen Projekte voneinander zutrennen bzw. gegeneinander auszuspielen. Die Mietpreise und Lebenshaltungskosten werden noch unverschämter steigen. Das Stadtzentrum rund um den Reichstag wird nach den Interessen der Banker, Bosse und Staatsbürokraten ausgerichtet werden. Weiter wollen sie mit einem sog. "Beschleunigungsgesetz" Einspruchsrechte betroffender Menschen radikal ausschließen, um ihrerseits brutal Fakten zu schaffen.

Dies alles läßt sich nur schwer allein mit dem Regierungssitz begründen, zudem die Begeisterung sich dafür in Grenzen hält. Wie sagte Diepgen neulich: "Mit Olympia wird ein Datum gesetzt, zu dem bestimmte Entwicklungen in der Stadt abgeschlossen sein müssen." Damit meinen sie z.B. den Totalabriß des Stadions der Weltjugend, an dieser Stelle soll ein privater Investor eine Großhalle mit mindestens 15.000 Plätzen bauen. Da dies allein keine Immobilienhaie hinterm Ofen hervorlockt, wird die direkte Umgebung dieser Halle auch gleich mitverschachert, dort werden Hotels, Einkaufspassagen, teure Restaurants usw. entstehen. Was dies für die Menschen bedeutet, die dort zunächst noch wohnen bleiben dürfen, wissen wir alle. Abriß der Häuser in der Chausseestr. und Vertreibung aus dem Kiez.

Olympische Spiele waren entgegen offizieller Propaganda immer die Spiele der Herrschenden. In der Antike durften nur die männlichen Adelsangehörigen daran teilnehmen, Frauen waren sogar vom Zuschauen ausgeschlossen. Ende letzten Jahrhunderts sollte mit Olympia die Vorherrschaft der Aristokratie nocheinmal unter Beweis gestellt werden und der sog. Amateurgedanke war nichts anderes als die Waffe der Bourgeoisie zum Ausschluß proletarischer SportlerInnen. Dies änderte sich 1936 als die Nazis durch eine profimäßige Vorbereitung ihrer arischen Sportler den Leistungssport und die über 100

errungenen olympischen Medallien für ihre Rassenpolitik instrumentalisierten und zur Legitimation nach innen und nach außen mißbrauchten. Zugleich inszenierten die Nazis ein pompöses Schauspiel ihrer Macht, lenkten damit von ihrem Terrorregime ab, boten der Bevölkerung Brot und Spiele und wurden von allen Seiten gepauchpinselt.

Olympische Spiele waren und sind ein Instrument, mit dem sich eine beschleunigte Umstrukturierung legitimieren läßt, ob München 1972 zum Schicki-Micki-Zentrum der BRD ausgebaut wurde oder in Moskau 1980 ganze Stadtviertel abgerissen wurden. Und es ist die Zeit verschärften Vorgehens gegen Oppositionelle und Störenfriede. 1936 wurde Berlin "zigeunerfrei" gemacht - Sinti und Roma kamen in ein neu errichtes KZ in Marzahn, in Mexico-City 1968 wurde eine Demo zusammengeschossen und 300 Menschen ermordet, in Los Angeles 1984 die Obdachlosen aus der Stadt rausgeworfen, in Seoul die Spiele 1988 mit mehr als 100.000 Bullen gesichert, Barcelona ist heute schon Hochsicherheitsbereich für Olympia 1992. In Berlin planen sie schon jetzt, daß MieterInnen von Olympia-Neubauwohnungen verpflichtet werden sollen, für die Zeit der Spiele ihre Wohnung acht Wochen lang für Sportler, Journalisten und Funktionäre bereitzustellen.

Heute sind Olympische Spiele kommerzialisierte Massenveranstaltungen, mit denen multinationale Unternehmen ihre Profitraten weiter steigern wollen, ganz offen wird von den 1996 in Atlanta stattfindenden Spielen als "Coca-Cola-Spiele" gesprochen und für Berlin geistert schon der Begriff der "Daimler-Spiele" herum. So ist auch Olympia-GmbH-Chef Lutz Grüttke auf direkten Vorschlag von Daimler-Chef Reuter berufen worden.

Inwieweit mit diesem Olympia-Projekt sich "Deutschland" als europäische Hegemonialmacht und imperialistisches Zentrum präsentieren will, blieb unter uns strittig. Die von Reagan 1987 aufgebrachte Idee der Olympischen Spiele in Ost- und West-Berlin ist heute Makulatur. Der Imperialismus braucht nicht mehr seine Überlegenheit dem Realsozialismus vorzuführen. Die deutschen Kapitalisten sind trotz größerer Schluckbeschwerden infolge des DDR-Anschlusses unumschränkte Macht Nr. 1 in Europa und doch könnten sie im Jahr 2000 eine Aufpolierung ihres Images als bis dahin zweite Supermacht gebrauchen. Dazu würde dem BRD-Imperialismus neben den Olympischen Spielen in Berlin die EXPO 2000 in Hannover als Schaufenster deutscher Macht dienlich sein. In welcher Form dies geschieht, ist heute noch überhaupt nicht vorhersehbar, weil es ganz stark von der dann herrschenden Situation abhängig sein wird. Klar ist jedenfalls, daß den Herrschenden eine ideologische Blackbox zur Verfügung stehen wird, die sie ganz nach ihren Bedürfnissen nutzen können.

Welche Parallelen zu den Spielen 1936 in Berlin auch heute noch aktuell sind, blieb unter uns ebenfalls strittig und bedarf noch einer umfangreicheren Diskussion in breiteren Kreisen.

Wir lehnen Olympische Spiele nicht nur in Berlin, sondern generell ab. Hochleistungssport ist ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel der ideologischen Verwirrung und der Machterhaltung der herrschenden Klasse. Die hochgezüchteten AtlethInnen haben Vorbildcharakter, ähnlich wie sie, sollen sich alle am Arbeitsplatz einsetzen, um optimale Leistungen zu erzielen. Die zunehmende Berieselung durch die Medien dient dazu, von sozialen Problemen abzulenken, bzw. soll schon ein Nachdenken darüber verhindern. Auch werden olympische Protzbauten niemals dem Breitensport dienen und ganze Industriezweige leben von der

Kommerzialisierung der meisten Sportarten.

Deshalb rufen wir dazu auf, dieses Projekt Olympia entschieden zu bekämpfen und die Strategen und Nutznießer anzugreifen!

Der einzig erfolgversprechende Weg, dieses Projekt zu verhindern ist, schon die Vergabe der Spiele an Berlin zu vereiteln. Diese Entscheidung fällt im September 1993 in Monaco vom IOC. Das IOC ist ein Gremium meist betagter Industrieller und/oder Aristokraten. Diese sind entsprechend ihrer Spezies reaktionäre Säcke und u.a. darauf bedacht, immer wieder zu betonen, daß Sport und Politik angeblich nichts miteinander zu tun haben. So sprachen sie noch 1959 davon, daß die Olympischen Spiele 1936 in Berlin zu den "bedeutensten" gehörten und "in absoluter Übereinstimmung mit den olympischen Regeln abgewickelt wurden"; deshalb haben sie auch den 20 jährigen Boykott gegen Südafrika nach den ersten Reförmchen der Rassengesetze prompt aufgehoben und das Rassistenregime wieder in die "Olympische Gemeinschaft" aufgenommen. Ansonsten reisen diese Herren und wenigen Damen (bis 1980 wars ein reiner Männerklüngel) durch die Welt, schauen sich Bewerberstädte für Olympische Spiele an und lassen sich reichlich beschenken. Wer am besten und geschicktesten schmiert, für den erhöhen sich die Chancen nicht unerheblich. Aber letztendlich hat der schnöde Mammon auf der olympischen Rennbahn längst den Sieg über die ach so selbtlose und geldlose olympische Idee davongetragen. Heute zählt für das IOC und die angeschlossenen Sportverbände, mit welchem Konzept und in welcher Stadt sich das meiste Geld machen läßt. Hier geht es nicht mehr wie in der Fußballbundesliga um Millionen, sondern um Milliarden! Die Olympischen Spiele sind allerspätestens seit Los Angeles 1984 zu fernsehgerechten Medienspektakeln geworden. Da die Kosten für die Sportverbände und der Aufwand der Vorbereitung der roboterähnlich trainierten Athleten immer größer wird, brauchen die Funktionäre folglich bei jeden Spielen immer höhere Einnahmen. Deswegen müssen die Daimler-Spiele 2000 auch mehr einbringen als die Coca Cola-Spiele 1996.

Das Exekutivkomitee des IOC (12 Figuren plus Samaranch als Vorsitzender) kommt vom 16.-20. September nach Berlin, um sich hier umzusehen. Diesen Monat hat Olympia-GmbH-Chef Lutz Grüttke als "Olympiamonat" ausgerufen, denn ohne einen Massenkonsens, der aktive Unterstützung einschließt, sind keine Olympischen Spiele zu machen. Grüttke betonte auch die Wichtigkeit, daß sich Berlin im September als würdige Austrägerstadt präsentiert, "Demonstrationen zu diesem Termin würden dem Ansehen der Stadt schwer schaden."

Wir werden ihn beim Wort nehmen und diese Tage zum Auftakt machen zu einem Widerstand gegen Olympia 2000! Zeigen wir den Bonzen vom IOC was wir von Ihnen und den Olympia-Planungen halten.

Bisher tauchte Olympia 2000 in vielen Papieren und Redebeiträgen auf, aber mehr als eine Worthülse ist es bis heute nicht gewesen. Dies zu ändern liegt an uns allen, spucken wir den Herrschenden in die Suppe!

VOLXSPORT STATT OLYMPIA! FÜR EINEN STARKEN WIDERSTAND GEGEN DIE OLYMPIA-PLÄNE DES SENATS!

AOK
Juli 1991

"Ari 88" zwangsgeräumt!

Am 11.7. gegen 13 Uhr überfielen Hausbesitzer und Gerichtsvollzieher den Imbiß in der Reichenberger 116. Mit der Unterstützung von vier Bullen und einer Räumungsfirma setzten sie den türkischen Familienbetrieb auf die Straße. Ein Teil der Einrichtung wurde zerschlagen, die Lebensmittel weggeschmissen oder abtransportiert, zuletzt Fenster und Türen zugenagelt. Gegen 18.00 Uhr erinnert nichts mehr an das, was passiert ist!

Seit 1988 betrieb eine türkische Familie den Imbiß in der Reichenberger Str. 116. Unter dem damaligen Hausbesitzer hatten sie die Ladenwohnung für fast 200.000 DM instandgesetzt und ausgebaut. Darum betrug die Miete für den Laden nur 686,-DM monatlich, was in einem 10-Jahres-Vertrag mit dem Hausbesitzer festgelegt war. Die Pläne für den Ausbau machte Michael Hoff (Bauingenieur) und wußte deshalb genau, wieviel die Familie investiert hatte.

1988 wurde das Haus zwangsversteigert und von Gabriele Mayer gekauft. Sie arbeitete früher als Sekretärin in Hoff's Firma (BBS Altbausanierungs-GmbH, Bundesallee 67, 1/41). Mayer und Hoff wohnen gemeinsam in der Otto-Suhr-Allee 29, 1/10. Hoff tritt seitdem in der 116 als "Hausverwalter" auf. Gleich nach dem Erwerb des Hauses kündigte Hoff den Vertrag über die Ladenräume und bot den bisherigen Mietern einen neuen an, über 2400,-DM pro Monat. Als Entschädigung für das, was die Familie in den Ausbau investiert hatte, wollte er vergleichsweise lächerliche 10.000,-DM zahlen. Doch die ließen sich damit nicht abspeisen und forderten alles, was sie investiert hatten, zurück.

Es folgte die Räumungsklage. Die Mieter verloren den Prozeß in erster und im Februar 91 dann auch in zweiter Instanz. Sie legten erneut Widerspruch ein, doch das Urteil war trotz des Widerspruchs "vorläufig vollstreckbar", was nur durch die Hinterlegung einer Kaution von 10.000,-DM hätte verhindert werden können. Doch Anwalt Eckert (Knesebeckstr.), der die Familie vertritt, hat sich gar nicht darum gekümmert und erklärte sinngemäß: "Ist doch nicht mein Problem, wenn die mit elf Kindern auf der Straße sitzen. Die sollen doch in die Türkei zurückgehen und sich da was aufbauen." Sein Engagement hielt sich bei solch einer rassistischen Einstellung von vornherein in Grenzen.


Hoff...

Mayer und Hoff beantragten die Zwangsvollstreckung des Urteils, und Gerichtsvollzieher Wolfgang Dienel (zuständig u.A. für die gesamte Reichenberger Str.)) machte sich mit Übereifer an die Arbeit. In seinem Ermessen lag es, die Familie von der geplanten Räumung zu informieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, den Laden selbst auszuräumen und die Sachen unterzustellen. Stattdessen veranlasste er den Überfall vom 11.7. ohne Ankündigung.

Als Helfershelfer wurde die Umzugsfirma THATER, seit Jahren bekannt für Zwangsräumungen (z.B. Lübbener 29), engagiert. Auch Hausmeister Pfaff aus dem 2.Stock fehlte nicht. Schon jahrelang hatte er im Haus herumgeschnüffelt, Leute beobachtet und fotografiert. Heute war auch er wie Hoff, Mayer und Dienel guter Dinge. Siegesbewußtbedienten sich alle vier aus dem Getränkevorrat des Imbiß.

Inzwischen wird nach Ersatzräumen im Kiez gesucht. In der Forsterstr., wo ein geeigneter Ladenraum frei ist, heißt es: wir vermieten nicht an Türken! Welcher Hausbesitzer das gesagt hat, ist uns z.Z. noch nicht bekannt. Ob die Familie neue Räume zu einem erschwinglichen Preis findet, ist bei der derzeitigen Explosion der Gewerbemieten die Frage.

In nächster Zeit wird es noch viele solcher Geschichten geben. Für eine protzige Hauptstadt, für die Olympiastadt sollen ganze Kieze weggeputzt werden. Je leiser und unbemerkter das vonstatten geht, desto besser für die Hausbesitzer und ihre Handlanger - und umso schlechter für uns.
Damit nicht alles so ablaufen kann, wie sie es gerne hätten, ist es wichtig, früh genug zu wissen, was in euren Häusern abläuft: welche rausfliegen sollen, wo es besonders rassistische Hausbesitzer oder -verwalter gibt, u.s.w.
Redet miteinander! Macht eure Informationen öffentlich!
In der Reichenberger Str. 63a gibt es einen Infostützpunkt, wo ihr Informationen an andere weitergeben könnt.

Infostützpunkt K 36
Öffnungszeiten: Mo - Fr 16.00 - 18.00
Tel.: 612 59 06

Sofortige Rückgabe oder gleichwertigen Ersatz für den Imbiß!
Verhindert Zwangsräumungen!
Macht den Hausbesitzern und ihren Handlangern Druck und Ärger!
Wir lassen uns nicht vertreiben! Wir werden uns wehren!

UnterstützerInnen "Ari 88"

AUF INS WIRKLICHE LEBEN

zu "this is not a love song" von einer RZ-Gruppe aus dem Traditionszusammenhang (s. Interim Nr. 155 II)

Auch wir finden eine Diskussion um Politik und Moral, mehr aber noch über Praxis, Sinn und Zielrichtung militanter und bewaffneter Aktionen, unumgänglich.
Allerdings stellen wir uns die Diskussion und auch die, sicher oft berechtigte, Kritik an gelaufenen Aktionen doch reichlich anders vor: Für uns ist es unmöglich, die grundlegend verschiedenen Angriffe derartig zusammen zu würfeln, auf eine Ebene zu stellen und niederzumachen. Für uns bestehen zwischen den Schüssen auf die US-Botschaft, den Anschlägen der RZ's auf die Siegessäule und den Reichstag und dem Mord an Hanno Klein kaum Gemeinsamkeiten.
Wir wollen daher versuchen kurz zu skizzieren, was diese Aktionen für uns bedeutet und in uns ausgelöst haben, und was wir von Eurer Kritik halten:

<u>Zu den Schüssen der RAF auf die US-Botschaft in Bonn, 2/91:</u>

Wir haben uns darüber gefreut, weil wir gesehen haben, daß die GenossInnen aus der RAF auch ihren Teil am Antikriegsgeschehen bringen, daß sie, die sie wahrscheinlich von den Ereignissen genauso überrollt wurden wie wir, versucht haben schnell und mit den Mitteln, die ihnen gerade zur Verfügung standen, was zu machen.
Sicher hatten die Schüsse "nur" einen symbolischen Charakter, aber Schüsse auf eine US-Botschaft vermitteln sich selbst und stehen in einer Reihe mit anderen Angriffen, auch und gerade außerhalb der Metropolen, gegen Botschaften und andere US-Einrichtungen. Daß es in der BRD Schüsse auf die US-Botschaft gab, ist sicher auch über die Grenzen hinaus bekannt geworden. So konnte den Menschen im Trikont und besonders im arabischen Raum gezeigt werden, daß sich auch in den Metropolen Menschen mit ihnen solidarisieren. Die Aktion war somit, wenn auch nur ein schwacher, Ausdruck internationaler Solidarität und muß auch so gesehen werden. Mehr war anscheinend in dieser Zeit nicht möglich. Ob dabei Blut von den Schweinen gespritzt ist oder sie anders massiv getroffen wurden, finden wir dabei nicht so wichtig. Wichtig war und ist uns daran, daß sie das gemacht haben und dazu, bis auf ihre Einschätzung der Anti-Kriegsbewegung, einen verdammt gute und verständliche Erklärung geschrieben haben.
Wahrscheinlich ist in den meisten Köpfen davon aber mittlerweile kaum mehr als die, natürlich fatale, Namensverwechslung hängengeblieben. (Wieso stürzen wir uns eigentlich so sensationsgeil auf die Fehler?!)
Und wieso stürzt Ihr Euch so auf die angeblich gefährdete Mahnwache?? Mit der Unterstellung, die GenossInnen hätten "durch den ziellosen Beschuß Menschen aus der Anti-Kriegsbewegung in Gefahr gebracht" baut Ihr mit an dem "terrorisischen Schreckgespenst". Denn so wie Ihr schreibt, hört sich das so an, als wäre die Mahnwache direkt in der Schußlinie gestanden. Fakt war aber, daß die Leuchtspurmunition nicht die "tödlichen Geschoße" entschärfen sollte, sondern deshalb beigemischt wurde, damit keine in

die falsche Richtung, in die Schußlinie, läuft. Außerdem kann mensch den Frauen und Männern aus der RAF sicher nicht unterstellen, daß sie nicht wissen, wie sie `ne Knarre halten müssen und damit ziellos durch die Gegend ballern. Ob frau/mann die Erklärung dazu allerdings korrekt findet oder nicht ist tatsächlich eine Frage der Herangehensweise und des Hineininterpretierens. (Was wir bei uns selbst gemerkt haben.) Ein "nicht zu überbietender Zynismus" ist sie aber sicherlich nicht!
Ansonsten verstehen wir in keinster Weise, wieso der Beschuß "die endgültige Bankrotterklärung einer gesamten Fraktion der bewaffneten Linken" sein soll. Welche Maßstäbe werden da an diese Fraktion angelegt? Welche Erwartungen an die Guerilla stecken da dahinter? Dürfen sie nichts unter 100.000 DM Sachschaden oder mindestens einer Leiche machen? Oder reicht die Nähe einer Mahnwache schon für die endgültige Bankrotterklärung? Oder sollen diese überspitzten Formulierungen nur provozieren (Scheiße und wir sind drauf reingefallen)?
Wie dem auch sei, ist die Guerilla für uns kein Mythos von den wir was sehen wollen, was die meisten von uns nicht auf Reihe kriegen, sondern kämpfende Menschen, die auch Fehler machen und ihre Aktionsformen verändern können. Wobei wir's natürlich toll fänden, wenn sie auch diese Veränderungen und Entscheidungen, so weit möglich, mehr vermitteln würden.
Mehr wollen wir dazu jetzt nicht mehr schreiben, sondern auf die Diskussion, die darüber in den letzten Ausgaben der Südwind gelaufen ist, verweisen.

<u>Zu dem versuchten Anschlag einer RZ auf die Siegessäule in Berlin, 1/91:</u>

Sicherlich wird diese Aktion in den Top-Ten der Anschläge 1991 keinen Spitzenplatz erringen können, und der BekennerInnenbrief ist auch nicht gerade das, was wir uns unter einem mobilisierenden, aufklärenden und vermittelnden Selbstbezichtigungsschreiben vorstellen. Aber rechtfertigt das die großen Worte von "außerhalb von Zeit und Raum", "unangemessen und lächerlich"? Rechtfertigt das Eure zynische, oberlehrerInnenhafte Niedermache? Unserer Meinung nach nicht, und ganz so wir Ihr das darstellt ist es auch nicht; die Siegessäule ist nicht irgendeine, im Hofgarten eines beliebigen Jagdschlößchen zerbröselnde Statue, sondern tatsächlich ein Symbol und auch eines der Wahrzeichen Berlins. Ein Symbol nicht nur für den deutschen Militarismus, der ja bekanntlich auch nicht 1871 begraben wurde, sondern schlicht und einfach eine verHERRlichung des Krieges, besonders der imperialistischen deutschen Eroberungskriege. Die Revolutionäre Zelle weist auch auf diese Kontinuität hin, die sich in der Umsetzung und Aufstockung 1936 und der neu Vergoldung im letzten Jahr zeigt. Ihr unterschlagt diesen Bezug und begründet damit die angebliche "Lächerlichkeit". Wäre der Anschlag gelungen, hätte er sicher über die Grenzen Berlins hinaus Beachtung gefunden und evtl. auf diese Kontinuität hinweisen und Unruhe verbreiten können.

<u>Brandanschlag einer RZ auf den Reichstag, 6/91:</u>

Die Frage, die sich da für uns stellt ist nicht die nach dem falschen Objekts; wir sehen das Problem hauptsächlich in der falschen Begründung. Das Ziel finden wir richtig, weil der

Reichstag zur Zeit neben dem Brandenburger Tor, das Symbol für die Wiedervereinigung und die damit verbundene Entwicklung ist. Ein Anschlag gegen ihn spricht also unserer Meinung nach ebenfalls für sich.
Aber wieso intervenieren wir gegen den Regierungssitz Berlin? Und erkennen damit an, daß es überhaupt eine Stadt geben muß, in der die fetten Ärsche sitzen? Die ganze, sowieso nur in Ansätzen vorhandene Kampagne gegen den Regierungssitz, hatte den schalen Beigeschmack absoluter Selbstbezogenheit. Unser Kiez, unsere Stadt, und dann müssen wir ja bei jedem Schwein demonstrieren.... Für die Menschen die hier, im vereinigten Europa, im Osten Europas und im Trikont ausgebeutet und unterdrückt werden spielt es sehr wahrscheinlich überhaupt keine Rolle, ob die Fäden dafür in Bonn oder Berlin gesponnen werden. Und die Bonzen und Spekulanten, flankiert von dem Olympiahorror, stürzen sich auch so auf die Stadt. D.h. unser Kampf gegen Umstrukturierung, Miete und Olympia muß sich auf andere Punkte und gesellschaftliche Auseinandersetzungen beziehen. Für Fragen, wie der nach dem Regierungssitz, sollten wir da keine Energie verschleudern.
Also nicht der Anschlag war "blödsinnig", sondern die gesamte Mobilisierung um die Hauptstadtfrage. Die Frage nach dem politischen Terrain usw. hätte sich ohne Hauptstadt nicht weniger existenziell gestaltet.

<u>Zum Briefbombenanschlag auf Hanno Klein, 6/91:</u>

Der Mord an Hanno Klein ist mit derartig vielen Merkwürdigkeiten beladen, daß es absolut unmöglich ist, ihn überhaupt in einem Atemzug mit den anderen Aktionen aufzuführen. Für uns ist in keinster Weise erwiesen, daß diese Aktion aus unserem Spektrum kam. Im Gegenteil würde uns dies sogar ausgesprochen wundern; ehrlich gesagt hätten wir auch reichlich wenig Lust mit solchen Leuten zusammenzuarbeiten oder in einen Topf geworfen zu werden. Nicht, weil sie dieses Schwein plattgemacht haben, sondern wegen Beliebigkeit mit der sie mit einem Menschenleben umgehen. In diesem Fall können wir uns Eurer Argumentation und den anderen bisher dazu veröffentlichten Papieren voll anschließen.
Aber wie gesagt, wir glauben nicht, daß die Aktion aus linken Kreisen kommt. Hauptkriterium dafür ist für uns der BekennerInnenbrief. Er drückt nur eine völlig Härte und Kälte aus, sonst kommt da absolut überhaupt nichts rüber. Beim genaueren Lesen und Analysieren haben sich weitere Ungereimtheiten ergeben. Der Anfang mit der Presse, Worte die von uns gewöhnlich in den Zusammenhängen nicht benutzt werden, keinerlei Einheit im Gesamtstil. Es hört sich so an, als wären Teile aus verschiedenen Flugblättern und Erklärungen beliebig aneinandergereiht worden. Wir haben überlegt, ob Papiere aus dem linksradikalen Widerstand tatsächlich so floskelhaft sind, und daraufhin viele andere Erklärungen u.ä. gelesen. Dabei ist uns in dieser Hinsicht zwar auch einiges aufgestoßen, aber nichts vergleichbares unter die Finger gekommen. Deshalb gehen wir davon aus, daß ein Mord, der von anderen, aus welchen Gründen auch immer begangen wurde, versucht wird KommunistInnen, und damit der ganzen Linken Szene, in die Schuhe zu schieben. Andere Gründe, die für diese These sprechen, sind einmal die Geschichte mit den Metallsplittern, die angeblich nicht ausgetreten konnten (laut Brief), die aber trotzdem das Gesicht Kleins zerfetzt haben. Das läßt die Behauptung zu, daß die SchreiberInnen des Brief nicht die glei-

chen sind, die die Bombe gebaut haben; in der Presse wurden die Metallsplitter unseres Wissens nach vorher nicht erwähnt. Außerdem fehlt jegliche Unterschrift usw. und der Brief wurde erst 3 Tage später aufgegeben. Wir wollen jetzt nicht den Bullen die Arbeit abnehmen, sondern nur dazu aufrufen, genauer mit solchen Sachen umzugehen.

Zusammengefaßt wenden wir uns also massiv dagegen, die Aktionen auf den gemeinsamen Nenner: "verantwortungsloser Aktionismus, Militarismus und Verlust der politischen Moral" zu bringen.
Klein fällt da natürlich, wie aufgezeigt völlig raus, die anderen Aktionen sind jedoch in ihrer Gesamtheit, in dem Kontext, in dem sie gelaufen sind, nicht pauschal zu verwerfen. Vom Prinzip her waren sie, besonders die Schüsse auf die US-Botschaft, gut und richtig.

In einer Phase relativer Stagnation, wie wir sie zumindest gerade empfinden, ist es nicht nur wichtig genaue Kriterien zu entwickeln, sondern mindestens genauso zentral, Anschläge und bewaffnete Aktionen und Gruppen offensiv zu verteidigen und solidarisch zu kritisieren. (Scheiß ausgeleierte Floskeln, die kaum mehr ausdrücken was gemeint ist.)
Von beidem ist bei Euch teilweise wenig zu spüren. Ihr schreibt zwar prinzipiell über die Notwendigkeit und Ziele militanter Aktionen, die auch richtig und bekannt sind. Trotzdem bleibt nach dem Lesen des Textes das Gefühl als hätte die militante Aktionsform völlig abgewirtschaftet. Dieses Eindruck entsteht dadurch, daß Ihr an drei Aktionen kein gutes Haar laßt und Aufgaben und Kriterien in den Raum stellt, die wahrscheinlich kaum eine Gruppe erfüllen kann. Über Anschläge, die Ihr gut und richtig fandet fällt kein Wort. So vermittelt sich das Bild einer "zynischen, lächerlichen, aktionistischen, blödsinnigen..." Militanz, und heren Ansprüchen.
Wieso also kein, auch in Euren Augen, positives Beispiel, nichts was Mut macht, zum Handeln anstachelt, als Vorbild dienen kann, wieso erwähnt Ihr nicht die Anschläge der RZ auf die Natopipeline, wieso nicht Thomas Münzers wilden Haufen oder den Anschlag der Flammenden Herzen?
Also wieso nörgelt Ihr nur an anderen rum, blast Trübsal und bleibt auf Eurer Moral hocken?

Uns gehts in Bezug auf militante Aktionen gerade in erster Linie darum, einerseits einen Minimalkonsenz über Aktionsformen zu finden, d.h. z.B. eine Gefährdung Unbeteiligter muß ABSOLUT ausgeschloßen sein.... und andererseits die Legitimität und Notwendigkeit dieser Aktionsform offensiv zu vertreten und zu propagieren.

Scheiße, im wirklichen Leben sind wir jetzt doch nicht mehr gelandet!
Eigentlich wollten wir nicht nur Eure Sicht der Dinge kritisieren, sondern genauer schreiben, wo und wie wir uns derzeit effektive militante Aktionen vorstellen können. Also in groben Linien aufzeigen welche Fehler wir sehen und wie`s anders, besser weitergehen könnte. Und zum Charakter und der Funktion des politischen Mordes wollten wir auch noch einiges sagen.
Aber jetzt ist es schon so spät und morgen wollen wir fertig sein. Deswegen schaffen wir es jetzt nicht mehr, diese Gedanken

vom Kopf aufs Papier zu bringen.
Wir werden aber dazu in nächster Zeit sicher noch was schreiben und hoffen, daß sich noch mehr Menschen in die Diskussion einklinken.

Ansonsten... nehmt`s uns nicht so übel, wenn wir teilweise etwas rotzig geworden sind. Prinzipiell finden wir es nämlich ganz toll, daß Ihr die Diskussion angeleiert habt, unbequeme Fragen stellt, und `nen genaueren Umgang einfordert. O.K. ?

DEN LINKEN
(den) MARSCH BLASEN !

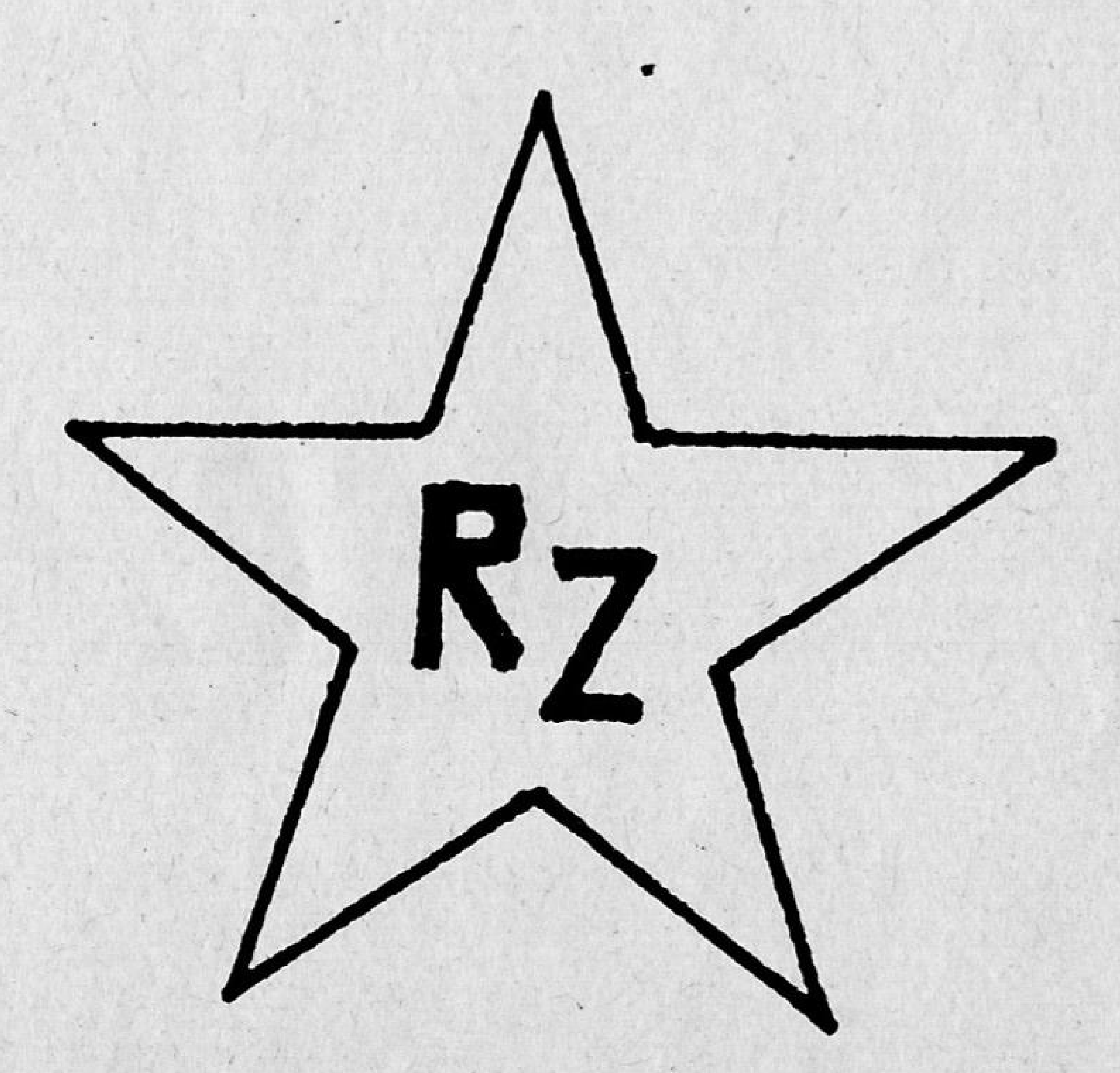
FÜR DEN KOMMUNISMUS !!

maja und kowski

✫ ✫ ✫ ✫ ✫ ✫ ✫ ✫

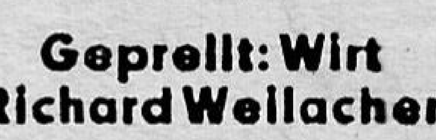
zu unseren aktionen gegen drecks-kaiser vom 17.juli:
die tengelmann/kaiser-warenkette hält gross in der ex-ddr einzug. streitfall ist momentan nur ein supermarkt-neubau vor den toren des ehem. kz ravensbrück bei fürstenberg.wir reihen uns ein in die gruppe der dagegen kämpfenden -aber nicht mit friedlichen mitteln. die kaiserskette-schon 1933 beim arisieren unter den nazis stark dabei-tritt nun das ansehen und gedenken vieler antifaschist(innen) in den dreck des neuen deutschen konsumwahns.darauf gibt es keine kraftvolle,gewaltfreie antwort!
unsere brandbombe in der neuen filiale in ravensbrück und der angebrannte konsumtempel in der conrad-blenke-str. in berlin sind unsere reaktion!wir fordern einen sofortigen baustopp für kaisers und andere in ravensbrück und sachsenhausen!
wir werden aber nicht auf den baustopp warten,wir werden für ihn kämpfen.kaisers ist überall anzugreifen - tun wir es!!!
ehre allen verfolgten und den ermordeten des naziregimes !

revolutionäre zellen



Kreuzberg: 15 junge Zechpreller schlemmten im „Auerbach"

„Herr Waigel zahlt die Zeche"


Geprellt: Wirt Richard Wellacher

Berlin ist wieder Berlin !
Ost bleibt, Rest wird Hauptstadt !
Gesamt wird eine Metropole - das ist doch was !

bald wird hier regiert und verwaltet und staatsempfangen, und Kohl kommt öfter und vielleicht sogar der Papst, und Möllemann kann hier zurücktreten oder einen Schritt zu weit gehen, und das macht alles Arbeit - vorher hinrichten, danach aufräumen - und die bringen ihre ganzen Verwandten und Freunde und Feinde mit, und alle wollen wohnen und essen und feiern und machen eine ganze Menge Umstände und Verhältnisse, in denen Angebot und Nachfrage die Preise in die Höhe treiben, die Mieten und die Steuern und das Benzin und das Telefon und die Lebensmittel (da könnt ihr bestimmt ein Lied davon singen), Verhältnisse, in denen Spekulation, Verdrängung, Korruption etc. blühen und gedeihen, die jedenfalls kommen dann alle hierher und lassen sich von euch oder ähnlichen bewirten, wer könnte das auch sonst bezahlen, und die Dumpfheit dieser Fratzen verschandelt dann die ganze Gegend - in echt sind die noch tausendmal häßlicher als in Fernsehn - nämlich.

und das feiern wir heute, nämlich, bei und mit euch, auf daß ihr euch auch drauf freut und sie angemessen empfangt oder gleich nach Bonn zieht mit eurem Laden oder nach Amerika oder wohin der Pfeffer wächst.

ach so, noch eins: die Rechnung könnt ihr Frau Süßmuth schicken oder Herrn Waigel oder Herrn Diepgen, weil der freut sich ja auch so. und da haben wir ja alle was davon

in diesem Sinne, bis demnächst in Wanne-Eickel

<u>Zur Aktion im Auerbach</u>

Als Ergänzung der Artikel aus BILD und BZ wollen wir an dieser Stelle nochmal sagen, daß es geschmeckt hat und dies eine nette Aktionsform darstellt. Außerdem war es doch qualitativ etwas besseres Essen, als in den zahlreichen Volxküchen. Dafür war leider die Umgebung, die anderen Gäste und die blasierten Ober auf Dauer nur schwer zu ertragen. Nach unserem dann doch etwas plötzlichen Abgang reagierten die Angestellten mit der erwarteten Schrecksekunde, so etwas scheint dort nicht öfter vorzukommen. Jedenfalls waren wir schon alle draußen, als sie sich in Bewegung setzten und sowas ähnliches wie "Ihr Schweine, wartet!" faselten. Ob dieser Aufforderung beschleunigten wir unseren Gang noch etwas, das Essen war auch schon weitestgehend gesackt, daß wir mit unseren gefüllten Bäuchen keine Probleme hatten. Wir haben auch keine Gasknarre benutzt, wie die Schmierenpresse behauptet, um unsere Aktion zu diskreditieren.
Jedenfalls scheint sich die Belegschaft des Auerbach doch sehr mit der Profitrate ihres Chefs zu identifizieren. Ungeachtet der 50,-DM, die wir als Trinkgeld für die Bedienung hinterlassen haben, sprangen sie mit ihrem Boß in einen Pkw und nahmen die Verfolgung durch den Kiez auf, was für sie aber nix brachte.
Prädikat: insgesamt nachahmenswert!

Die autonomen RestauranttesterInnen

Rache für Flora !!!

Nach der Räumung des Floraparks in Hamburg wollten wir der SPD wenigstens einen Eimer der Scheiße, die sie tagtäglich anrichten, um die Ohren hauen.
Seit Monaten gesammelt, praktisch bei jeder Sauerei einmal draufgekackt, war ein erbärmlich stinkendes Gemisch entstanden, was wir am 24. des Nachts in den SPD-Laden in der Feurigstr. gehauen haben.
Rache für Mainzer stand schon von GenossInnen gesprüht, Rache für Flora machten wir daraus und verschwanden im Nebel.

Wir grüßen alle in Hamburg, die versucht haben, die Räumung des Parks zu verhindern, und alle überall, die sich gegen die Verjuppisierung und Vertreibung aus ihren Stadtteilen wehren, die trotz der aussichtslosen Situation immer wieder Wohnraum, Zentren und Parks besetzen.



Nachdem es klar wurde, daß der Hamburger SPD-Senat sich nicht davon abhalten läßt den Flora-Park niederzuwalzen, fragten wir uns: Was ist das für ein Gefühl der PolitikerInnen und Bullen, soviel Spaß an der Zerstörung zu haben ?! Um das nachvollziehen zu können verlagerten wir dies Lernerlebnis in der Nacht vor der Räumung des Parks in das SPD-Kreisbüro Mitte.
Wir bemühten uns in original Bullenmanier dort einzufallen (Tür aus dem Rahmen treten) und ließen unserem Destruktionstrieb freien Lauf. Als wir wieder zur Besinnung kamen und der Staub sich legte, sah es aus „wie Sau". An den Wänden Parolen für den Erhalt des Parks und der Roten Flora; Schreibmaschinen, Kopierer, Drucker und Telefone zerstört und mit Lack Altöl und Bremsflüssigkeit verziert. Jetzt können sich diese selbstgefälligen SPD-Gesichter in ihre aufgeschlitzten Polster quetschen und einige Zeit darauf verwenden nachzusinnen, was sie mit der Räumung des Floraparks zu schaffen haben. Unser Tip: Fragen sie Herrn Voschersau!

ROTE FLORA BLEIBT

FLORAPARK WIRD WIEDER GRÜN

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE

Anarchistische Umzugshilfe

wir haben am 28.7 bei einer renault vertretung in bruhl einige lkws abgefackelt und weitere mit abbeize beschmissen.

wir haben diese aktion gemacht, um den hungerstreik der gefangenen aus action directe und anderen gefangenen in frankreich zu unterstutzen.
der kampf für die zusammenlegung ist ein internationaler kampf aller politischen gefangenen in westeuropa, weil alle mit der gleichen westeuropaweit vereinheitlichten isolationsfolter konfrontiert werden.

wir machen diese aktion jetzt, um dem kampf für die zusammenlegung eine lebendige kontinuität zu geben und um die diskussionen um einen neuen anlauf im kampf für die zusammenlegung HIER zu stärken.

im hungerstreik 89 konnte - trotz des ganzen breiten politischen prozesses in der mobilisierung, der ein erfolg war - die zusammenlegung nicht durchgesetzt werden. seitdem geht es uns darum, die politische qualität dieses prozesses weiterzuentwickeln.
konkret heißt das, daß wir in 2 richtungen weiterüberlegt haben, um diese situation zu ändern.
das eine ist,
nicht mehr locker zu lassen und eine kontinuität zu schaffen, mit der wir in den jahren vorher oft schwierigkeiten hatten - so daß unser widerstand, unsere vorstellungen nur sporadisch greifbar waren. darin versuchen wir konkret die gesellschaftliche diskussion weiterzuentwickeln. das stellen wir uns so vor, daß wir offene kontakte zu anderen menschen aufbauen, in denen wir uns nicht mit ideologischen vorbehalten blockieren und zu gemeinsamen überlegungen kommen. das ist für uns auch nichts reduziertes auf die frage nach der durchsetzung der zusammenlegung sondern das wollen wir für alles.
das zweite ist,
das es uns um die organisierung im widerstand geht, darum anders einen kern von gegenmacht aufzubauen. es geht uns darum, daß aus den ganzen einzelnen initiativen und gruppen eine gemeinsame organisierung entsteht, um die fähigkeit politische mobilisierungen zu tragen und auch darum gemein einzugreifen und unseren zielen mit angriffen und aktionen nachdruck zu verleihen.
dafür geht es uns um die gemeinsame diskussion und vorgehersweise mit der um durch den aufbau einer gemeinsamen revolutionären bewegung zur gegenmacht zu werden, mit der wir unsere ziele durchsetzen können.

der hungerstreik in spanien wurde für uns darin zu einem wichtigen brennpun darin wollten wir kontinuität im kampf für die zusammenlegung, den aufbau von strukturen und eine neue qualität in unserem handeln erreichen.
wir denken,daß das in ansätzen auch gelaufen ist - der kampf hat eine stärke gekriegt, auch wenn er nicht so massenhaft war - im verhältnis dazu, wie weit hier gesellschaftlich die zusammenlegung eigentlich schon eine klare forderung ist - uns also nur beschränkt gelungen ist, an den ganzen entwicklungen und möglichkeiten aus dem letzten hungerstreik weiter zu kommen.

der hungerstreik in spanien konnte die forderungen der gefangenen nicht durchsetzen, die gefangenen sind weiterhin isoliert.
wir dachten auch nie, daß wir von hier aus die forderungen durchsetzen könnten - von hier aus können wir nur unterstützend wirken und die durchsetzung muß vor allem in spanien erkämpft werden. und da war jetzt das interesse des spanischen staates, seine politik des modernisierten kapitalismus als teil der eg zu fahren - und daß heißt: isolationsfolter ist die norm, stärker als die widerstandsbewegung.

als wir aus dieser situation überlegt haben, wie wir jetzt weitermachen, neue schritte und politische bewegung auf die beine kriegen, war/ist für uns eine konsequenz, verstärkter für die durchsetzung der zusammenlegung hier in der brd zu kämpfen - weil wir so an der politischen entwicklung aus dem streik besser dranbleiben können, bzw. sie wiederaufnehmen können.
und.weil wir denken, daß wir die forderungen der gefangenen hier auch durchsetzen können. und natürlich wird das auch auswirkungen auf die haftbedingungen in allen westeuropäischen ländern haben, wenn hier der druck auf die herrschenden stärker wird, so wie ja auch die zurückeroberung der zusammenlegung in spanien einiges in westeuropa verändert hätte...

da anzusetzen, bedeutet nicht, daß es darum ginge loszurennen mit nichts mehr als den gefangenen im kopf,
aber schon, daß der kampf um ihre forderungen, die permanenten konfrontationen mit der imperialistischen gefängnismaschine und die politische diskussion mit den gefangenen teil ist im widerstand in den städten, und da wäre "ein bischen mehr", lebendiger und selbstverständlicher, verdammt nötig !
und es geht um neue initiativen. die aus unserem prozeß der organisierung der widerstandsbewegung zu ergreifen - also außerhalb der knäste.
der politische prozeß, der schon für die zusammenlegung gelaufen ist muß kreativ gemacht werden.
wir denken, daß initiativen von vornerein mit unseren zielen, dem wie wir leben wollen, wen wir bekämpfen und wie wir kämpfen, verbunden sein muß. das darf nicht das abstrakte draufstappeln aller inhalte bedeuten, sondern einen praktischen mobilisierungsprozeß, in dem wir lebendig da sind und offene diskussionen mit anderen menschen und gruppen.

zur verbreiteten hoffnungslosigkeit zur durchsetzung der zusammenlegung, wie auch der durchsetzung aller unserer ziele, denken wir, daß die dauernde feststellung und wiederholung der probleme den blick auf die möglichen politischen prozeße - und wie sie in gang zu setzen sind - verstellt.
diese rangehensweise führt nur dazu, sich selber einzumachen und zu resignieren, difus von neuanfängen zu träumen statt sie zu leben - bis hin zur hoffnung, daß ein ende der guerillapolitik uns weiterbringen würde. aber wie sähe es wohl aus, wenn es KEINEN widerstand mehr gäbe, wenn es keinen funken gäbe für den steppenbrand, irgendwann... : die repression würde tausendmal härter toben, wenn nötig, und die gefangenen wären vernichtet.
und: wer nicht kämpft, stirbt auf raten.

wir haben jetzt den renault-konzern angegriffen, weil er einer der strategisch dominierenden westeuropäischen konzerne ist - der also die westeuropäische realität bestimmt und für dessen profite sie gemacht wird.
renault ist der größte französische konzern und im staatsbesitz.
sie produzieren neben autos rüstungsgüter und hochtechnologie, und sind bestimmender teil in allen relevanten organisationen des westeuropäischen kapitals.
wir greifen sie an, weil sie verantwortlich sind für die westeuropäische imperialistische völkermordpolitik weltweit, mit krieg, zerstorung, hunger...

und für die entmenschlichung des lebens, für die verarmung und verschärfung der ausbeutung in westeuropa.
konzerne wie renault, oder daimler,siemens, thomson,fiat...und wie sie alle heißen - protegiert von den herrschenden politikercliquen -
das sind die dunkelmänner der westeuropäischen bestie,
haben neue maßstäbe gesetzt:

raf

yuppisierung, high-tech, vereinzelung, ausgrenzung und zwang zu immer ungeschützterer arbeit, andersdenkende - alles was nicht ihrer lebensweise entspricht, also der profitmaximierung dienen kann - wird verleugnet, unterdrückt, vernichtet.
gleichzeitig wird die fassade sorgfältig gepflegt - die glitzernden konsumangebote, die demokratie, die freiheit, sozial und natürlich: "das beste auf der welt".
und damit hausieren sie weltweit und mauern den menschen die köpfe zu.

diesen schein wollen wir brechen - und dafür greifen wir sie an.
uns durchzusetzen mit unseren zielen einer menschlichen, herrschaftsfreien gesellschaft, eine gerechte welt,
heißt sich durchzusetzen gegen die macht der konzerne.

aktuell ist es auch, weil sie genau das jetzt im osten durchsetzen wollen, diese vorstellung von leben - wollen sie von westeuropa, der politischen entwicklung hier in den 80ern aus, ausweiten.

renault steht exemplarisch für die strategie des modernisierten kapitalismus des westeuropäischen blocks.
als action directe 1986 den renault-chef besse hinrichtete, haben sie die grausamkeit dieser politik beschrieben.
renault hat die vorreiterolle in der in der sozialdemokratischen ära eingeleiteten umstrukturierung übernommen. in den fabriken bedeutete die politik die zerschlagung der strukturen der arbeitermacht durch massenentlasungen, automatisierung die individualisierung heißt. gleichzeitig gingen die gesetzespakete über den tisch, die den arbeitszwang durch einschneidung der sozialgesetzgebung und gleichzeitige entrechtung der arbeit befahlen.
abgesichert dann durch entsprechende sondergesetze für die represion, bullenaufrüstung...

ZUSAMMENKÄMPFEN !!

eine gruppe für eine starke revolutionäre bewegung

SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN GEGEN DIE ANGRIFFE UND LÜGEN DES STAATSCHUTZ !!
FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND
SOLIDARITÄT MIT DEN FRANZÖSISCHEN GEFANGENEN IM HUNGERSTREIK

Dies ist ein Vorschlag für ein Infopapier an Flüchtlinge, das unseren derzeitigen Wissensstand wiedergibt. Das Papier soll übersetzt und verbreitet werden.An Verbesserungs- und Ergänzungsvorschlägen bzw. Informationsaustausch mit anderen Gruppen sind wir schwer interessiert. (Rat und Tat, Liebenwalderstr,16 1/65)

Nach dem neuen AuslänerInnengesetz gibt es mehr Aufenthaltstitel als früher. Die neuen Aufenthaltstitel heißen:
-Aufenthaltsberechtigung
-Aufenthaltserlaubnis (befristet oder unbefristet)
-Aufenthaltsbewilligung
-Aufenthaltsbefugnis.
Auch Duldungen gibt es nach wie vor.

Die Aufenthaltsberechtigung ist der sicherste Status den ein AusländerIn in der BRD erhalten kann, sie ist auch am schwersten zu bekommen.
Um eine Aufenthaltsberechtigung zu erhalten muß der/die "AusländerIn" seit 8 Jahren eine Aufenthaltserlaubnis oder
seit 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben und eine besondere Arbeitserlaubnis besitzen. Weiterhin braucht er/sie ein gesichertes Einkommen,
ausreichenden Wohnraum und muß
schon mindestens 5 Jahre versicherungspflichtig in der BRD gearbeitet haben.

Alle, die nach dem alten Gesetz eine Aufenthaltserlaubnis hatten, bekommen diese nach dem neuen Gesetz nur, wenn Sie ein gesichertes Einkommen haben,
ausreichenden Wohnraum,
deutsch sprechen,
und ihr Aufenthalt in der BRD keinem besonderen Zweck dient.

Wer zum Beispiel zum studieren oder zu einem anderen Zweck hier ist, bekommt nach dem neuen Gesetz keine Aufenthaltserlaubnis mehr, sondern eine Aufenthaltsbewilligung.
Wer eine Aufenthaltsbewilligung hat, muß auf jeden Fall ausreisen, wenn der Aufenthaltszweck erfüllt ist (z.B. das Studium beendet).

Flüchtlinge, die nach den Altfall-Regelungen eine Aufenthaltserlaubnis hatten, bekommen jetzt eine Aufenthaltsbefugnis.
Die Aufenthaltsbefugnis wird auf längstens zwei Jahre befristet. Vor ihrer Verlängerung wird geprüft, ob sich die Situation im jeweiligen Heimatland geändert hat.
Wenn dies der Fall ist, wird die Aufenthaltsbefugnis nicht verlängert.
Wer seit 8 Jahren eine Aufenthaltsbefugnis hat, kann eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Nach den neuesten Beratungen der Regierungsbeamten sollen Flüchtlinge, die vor dem 31.12. 1988 eingereist sind, eine Aufenthaltsbefugnis erhalten.
Ihre Familienangehörigen sollen auch eine Aufenthaltsbefugnis bekommen, wenn sie bis zum 31.12. 1990 in die BRD gekommen sind.

Menschen, die jetzt schon eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsbefugnis haben, oder länger als zweieinhalb Jahre hier sind, sind zur Zeit noch nicht von Ausweisung oder Abschiebung bedroht.

Schwieriger ist die Situation für alle, die später eingereist sind und bisher eine Duldung erhalten haben.
Einen Abschiebestopp gibt es zur Zeit nur für Leute aus Afghanistan und tamilische Menschen aus Sri Lanka.
Menschen aus Äthiopien sollen noch bis zum 31.Oktober 91 bleiben dürfen.
ALLE ANDEREN SOLLEN AUSGEWIESEN WERDEN, DAS SIND ALLEIN IN BERLIN MEHRERE TAUSEND MENSCHEN!!!
Bei diesen Menschen hängt es immer von der persönlichen Situation ab, ob es noch Möglichkeiten gibt, den Aufenthalt zu verlängern.

Wer eine gültige Duldung hat (z.B. noch 3 Monate) kann in dieser Zeit nicht abgeschoben werden.
Es ist wichtig, wenn Ihr eine Duldung habt und keine Aufenthaltsbefugnis erhalten könnt, die Duldung so lange wie möglich zu behalten.

Wer schon länger als 12 Monate eine Duldung hat, muß eine Verlängerung bekommen. Wenn die Ausländerbehörde jemand ausweisen will, der/die schon länger als 12 Monate eine Duldung hat, muß sie diese Menschen 3 Monate vorher benachrichtigen.
LASST EUCH NICHT EINSCHÜCHTERN!

WER EINE DULDUNG HAT, UND NOCH KEINE 12 MONATE HIER IST, IST VON ABSCHIEBUNG BEDROHT!!!

VORSICHT, wenn die Duldung abgelaufen ist und Ihr zur Ausländerbehörde müßt, um sie verlängern zu lassen!
Geht möglichst nicht allein, achtet aufeinander!
Es ist wichtig, daß noch andere Menschen erfahren, wenn Ihr Schwierigkeiten bekommt. Laßt Euch von jemanden begleiten, der/die eine Vollmacht hat, Euch zu vertreten, falls Ihr Schwierigkeiten habt.
WENN IHR EINE DULDUNG HABT, HAT DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE KEIN RECHT EUCH EUREN PASS WEGZUNEHMEN!
GEBT DER AUSLÄNDERBEHÖRDE EURE PÄSSE NICHT!!!

Wenn die Ausländerbehörde sich weigert eine Duldung zu verlängern, gibt es unter Umständen die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen.
Dies gilt vor allem für Menschen, die bisher noch keinen Asylantrag gestellt haben. In dem Fall solltet Ihr das in dem Moment tun, in dem Eure Duldung nicht verlängert und die Abschiebung angedroht wird.
Es ist unsinnig, schon vorher einen Asylantrag zu stellen, denn solange eine erteilte Duldung gilt, droht keine Gefahr. Der Asylantrag bringt in der Regel nur ein paar Monate Zeitgewinn, darum sollte er möglichst spät gestellt werden.
Wer zur Ausländerbehörde muß und Anst hat, daß ihre/seine Duldung nicht verlängert wird, kann einen Asyantrag gleich mitnehmen und in dem Moment stellen, wenn die Ausweisung/ Abschiebung angeordnet wird.
Auch wer schon einmal einen Asylantrag gestellt und diesen vor dem 31.12.90 zurückgenommen hat, kann sich so verhalten, weil diese Asylanträge wie Erstanträge behandelt werden müssen.

Diejenigen, die schon einmal einen Asylantrag gestellt haben, der rechtskräftig abgelehnt wurde, haben mehr Schwierigkeiten, sich so zu verhalten.
Sie können nur einen neuen Asylantrag stellen, wenn seit der Ablehnung mehr als 6 Monate vergangen sind. Das bringt in diesen Fällen ein paar Monate Zeit, hat aber fast keine Aussicht auf Erfolg, weil diese Anträge sicher abgelehnt werden.

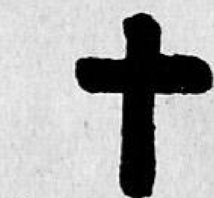
Macht die Situation in Euren Heimatländern hier öffentlich, um Druck auszuüben.

P.S.
Wer seinen Paß verloren hat, muß sich bei seiner Botschaft um einen neuen bemühen und solange von der Ausländerbehörde eine Ersatzbescheinigung erhalten.
Solange die Botschaft keinen neuen Paß ausstellt, kann ein Mensch auch nicht abgeschoben werden, da ohne Paß niemand in einem Land aufgenommen wird.

Heute, am 16.6.91 erklären wir das "Bildungszentrum für eine neue Welt" für aufgelöst. Damit beenden wir auch unsere gemeinsame publizistische Tätigkeit. Die sich in den letzten 6 Monaten herausgebildeten politischen und persönlichen Differenzen machen uns eine gemeinsame Tätigkeit nicht mehr möglich.

Gabriele Thiele
(Bildungszentrum für eine neue Welt)
Raasan Samuel Löwe
(Agentur für die Selbstaufhebung des Proletariats)





<Übersetzung des Schlußteils eines Interviews aus der Broschüre "Workers' Scud - No Patriot can catch us!", Bezug: Box 15, 138 Kingsland High Road, London E8 2NS. Die ersten zweieinhalb Seiten behandeln verschiedene Aufstände und Machtwechsel im Irak seit den 40ern und den Aufstieg Saddams, sowie die persönliche politische Geschichte des Interviewten vom Stalinisten und Leninisten zum ?? und seine Flucht nach GB. Übersetzung: *wildcat* Berlin>

Der Klassenkampf im Irak - ein Interview mit einem Veteranen

...

F: Die hiesigen Medien geben dem kurdischen Nationalismus ausdrückliche Unterstützung. Kannst du uns etwas über die Entstehung des kurdischen Nationalismus erzählen?

A: Mitte der Fünfziger gab es im Irak sowas wie eine kurdische nationalistische Bewegung gar nicht. Irgendwann in dieser Krisenzeit ermunterte der Kapitalismus irgendeinen feudalistischen kurdischen Landbesitzer durch finanzielle Unterstützung, etwas zu organisieren, das sie eine "nationalistische Bewegung" nannten. Um diesen Führern Glaubwürdigkeit zu verschaffen, ging die Zentralregierung "gegen sie vor".

Zu dieser Zeit gab es keine wirkliche kurdische patriotische Identität, sie mußte künstlich geschaffen werden. AraberInnen und KurdInnen sahen ihren Kampf als einen gemeinsamen. Die kurdischen Nationalistenführer, die sich mit dem Zentralregime die Macht teilten, brachen mit ihm, als sie vom Westen und vom Schah Unterstützung bekamen. Aber sie hatten keine Basis im Volk und mußten in die Berge fliehen. Sie organisierten eine Miliz, erlitten aber erst schwere Niederlagen, denn ihre Soldaten waren *keine* Freiwilligen. Sie lernten aus ihren Fehlern und organisierten die Peshmerga - eine Guerillaeinheit - und sahen sich nach besseren Waffen um. Sie begannen mit sektiererischen Mordanschlägen. Zum Beispiel schnappten sie sich einen arabischen Fahrer und exekutierten ihn, *weil er Araber war*.

F: Das erinnert ein bißchen an die irischen NationalistInnen hier?

A: Ja, sehr stark. Unschuldige arabische ArbeiterInnen und StudentInnen wurden umgebracht, und die Regierung ihrerseits schlug daraus Kapital, indem sie "kurdische Grausamkeiten" veröffentlichte und dadurch anti-kurdische Gefühle hochpeitschte. Irakische Generäle schickten bewußt junge, unerfahrene Soldaten in kurdische Gebiete, wohl wissend, daß diese gegen die Peshmergas nur Kanonenfutter darstellten. Am nächsten Tag wurde dann durch die reguläre irakische Armee aus Rache ein kurdisches Dorf zerstört. All diese Taktiken halfen, das Proletariat zu spalten.

Aber trotz alledem konnte der Nationalismus keine unüberwindlichen Hindernisse aufbauen. Der Beweis dafür ist der jüngste Aufstand. Als sich nach dem Krieg im Süden IrakerInnen gegen Saddam erhoben, wurden ihre Bemühungen von den BewohnerInnen des Nordens unterstützt. Arabische Soldaten im Norden gaben freiwillig ihre Waffen an die KurdInnen ab.

F: Laß uns zum Schluß noch über die Zukunft des Klassenkampfs im Irak sprechen. Ich denke, die USA setzen immer noch auf ein rumänisches Szenario, also einen Volksaufstand von unten, gefolgt von einem vorher geplanten Staatsstreich von oben, um Saddam vom Amt zu entfernen. Denkst du das auch?

A: Ja, wahrscheinlich. Aber die irakische Situation ist komplizierter als die rumänische, und die Spaltungen zwischen KurdInnen und AraberInnen, AraberInnen und TürkInnen, und zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems könnten leicht zu einem langgezogenen Bürgerkrieg führen. Und das nächste Regime wird wahrscheinlich mehr religiös orientiert sein. Es gibt also Unterschiede zu Rumänien. Die stärkste Partei scheint die schiitische *Al-Dawa* zu sein, die aus dem Iran Unterstützung erhält. Die *Radikale Ba'ath-Partei* ist nicht sehr populär und hat Verbindungen zu Syrien. Die *Irakische "Kommunistische" Partei* hat nicht mehr den Einfluß wie früher, sollte aber nicht unterschätzt werden. Ihre Basis scheint jedoch eher bei den älteren Generationen zu liegen als bei den jungen.

Was die *Patriotische Union der KurdInnen (PUK)* und die *Demokratische Partei Kurdistans (DPK)* angeht, so hatten sie vor den jüngsten Ereignissen ungefähr 5000 bewaffnete Peshmergas und sind nicht so einflußreich, wie die Medien es darstellen. Die kurdischen Städte wurden nicht von den politischen Parteien erobert, sondern vom Volk <oder: den Leuten? orig.: the people; d.Ü.>. *Akhvan Al-Muslimin* ist die letzte mächtige sunnitische Organisation, die sowohl von Ägypten als auch bisweilen von den USA unterstützt wird.

Alles in allem müssen wir sagen, daß die Zukunft autonomer proletarischer Aktivitäten im Irak nicht sehr erfreulich ist.

Flugblatt von GenossInnen aus dem Irak und Großbritannien. Bestellungen und Zuschriften an:
BM CAT, London WC1N 3XX, U.K. oder
P.O.Box 3305, Oakland Ca. 94609, USA.
Übersetzung: wildcat *Berlin (c/o SISINA, Postfach 360527, 1000 Berlin 36)*

"Ten Days That Shook Iraq
Inside Information from an Uprising"

Der Golfkrieg wurde nicht durch den militärischen Sieg der USA und der Alliierten beendet. Er wurde durch die Massendesertion Tausender irakischer wehrpflichtiger Soldaten beendet. Die Weigerung in der zwangsrekrutierten Armee, für den irakischen Staat zu kämpfen, war derart überwältigend, daß während der abschließenden Boden-Offensive zur Rückeroberung Kuwaits entgegen allen Voraussagen nicht ein einziger alliierter Soldat durch gegnerisches Feuer starb. Die Dimension dieser Meuterei ist in der modernen Militärgeschichte einzigartig.

Aber diese meuternden Truppen flüchteten nicht einfach zurück in den Irak. Auf ihrem Rückweg richteten viele von ihnen ihre Waffen gegen den irakischen Staat und entfachten gleichzeitig einen Aufstand im Süden Iraks und im Norden in Kurdistan. Nur die Zentralregion um Bagdad blieb in den Wochen nach Kriegsende fest in den Händen des Staats.

Die westlichen Medien haben diese Aufstände von Anfang an völlig falsch dargestellt. Der Aufstand im Süden, mit seinem Zentrum in Basra, wurde als schiitische muslimische Revolte gehandelt. Der Aufstand im Norden dagegen wurde als ausschließlich kurdisch– nationalistischer Aufstand dargestellt, der kaum mehr als eine autonome Region im Irak forderte.

Die Wahrheit ist, daß die Erhebungen, sowohl im Norden als auch im Süden, proletarische Aufstände waren.

Basra ist eines der am wenigsten religiösen Gebiete im Mittleren Osten. In Basra geht fast niemand in die Moscheen. Die radikalen Traditionen in diesem Gebiet sind nicht islamisch fundamentalistisch, sondern eher arabisch nationalistisch und stalinistisch. Die irakische Kommunistische Partei ist die einzige bürgerliche Partei von Einfluß in der Region. Die Städte Basra, Nasriah und Hilah sind seit langem als Einflußgebiet der Kommunistischen Partei bekannt und haben eine lange Geschichte offener Rebellion gegen Religion und Staat. Die "irakische" Arbeiterklasse war schon immer eine der aufrührerischsten in dieser unbeständigen Region.

Nach dem wiederholten Scheitern ihrer Kompromisse mit dem irakischen Staat gibt es im Norden kaum Sympathie für die nationalistischen Parteien – KDP und PUK – und ihre Peshmergas (Guerillabewegungen). Dies trifft vor allem für das Gebiet um Sulaimania zu. Die Bewohner dieser Gegend stehen den Nationalisten seit dem Massaker von Halabja besonders feindlich gegenüber. Nach dem Chemiewaffenangriff der irakischen Luftwaffe gegen Deserteure und Zivilisten in der Stadt Halabja im Jahr 1988 hinderten die Peshmergas anfangs Leute am Flüchten und gingen dann dazu über, die Überlebenden des Massakers auszuplündern und zu vergewaltigen. Daher weigern sich viele Dorfbewohner seither, nationalistischen Peshmergas Verpflegung oder Unterkunft zu gewähren. Wie im Süden sind auch hier die KP und ihre Peshmergas beliebter.

Der Aufstand im Norden war nicht nationalistisch. Anfangs wurden Ba'athistische Funktionäre und Geheimpolizisten exekutiert, Polizeiakten wurden zerstört und die Gefängnisse gestürmt. Die Leute lehnten die bürgerliche Politik der kurdischen Nationalisten offen ab. In Sulaimania wurden die nationalistischen Peshmergas aus der Stadt gewiesen und der im Exil lebende Führer der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, an der Rückkehr in seine Heimatstadt gehindert. Als der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei, Massoud Barzani, nach Chamcharnal in der Nähe von Sulaimania fuhr, wurde er angegriffen und zwei seiner Leibwachen getötet. Als die Nationalisten die Parole ausgaben, "Jetzt ist die Zeit gekommen, die Ba'athisten zu töten!" antworteten die Leute in Sulaimania: "Jetzt ist für die Nationalisten die Zeit gekommen, Porsches zu plündern!" und meinten damit, daß die Nationalisten nur an Plünderungen interessiert seien. <Wörtlich übersetzt; soll wohl heißen, daß die Nationalisten nur an persönlicher Bereicherung interessiert seien; d. Übers.>

Eine wichtige Rolle in dem Aufstand spielte eine revolutionäre Gruppe namens "Kommunistische Perspektive". In ihrer Zeitschrift "Proletariat" schlugen sie den Aufbau von Arbeiterräten vor. Dies rief sowohl unter den Nationalisten als auch in der KP und ihren Splittergruppen Angst und Zorn hervor.

Angesichts dieser proletarischen Aufstände mußten die verschiedenen bourgeoisen Interessengruppen in der Region ihre Feindseligkeiten untereinander einstellen und sich vereinigen, um sie zu unterdrücken. Es ist bekannt, daß der Westen, geführt von den USA, Saddam Husseins brutales Regime lange Zeit stützte. Sie unterstützten ihn im Krieg gegen den Iran. Mit ihrer Unterstützung für Saddam erkannte die westliche herrschende Klasse auch an, daß die Ba'ath Partei, als faschistische Partei mit Massenbasis, die einzige

Kraft im Irak war, die in der Lage und grausam genug war, das ölproduzierende Proletariat zu unterdrücken.
Saddams Strategie, den sozialen Frieden im Irak aufrechtzuerhalten, bestand letztlich jedoch in einem permanenten Krieg und der Militarisierung der Gesellschaft. Solch eine Strategie konnte aber nur zu weiterem wirtschaftlichen Ruin und zur Verschärfung der Klassenwidersprüche führen. Im Frühjahr 1990 wurde dieser Widerspruch deutlich. Die irakische Wirtschaft war nach acht Jahren Krieg gegen den Iran zerrüttet. Die Ölproduktion, ihre hauptsächliche Devisenquelle, wurde begrenzt, während die Ölpreise relativ niedrig waren. Die Versprechungen aus Kriegszeiten von "Wohlstand in Frieden" ließen sich nur entweder durch höhere Ölpreise oder durch mehr Krieg einlösen. Die erste Möglichkeit wurde durch Kuwait und Saudi-Arabien blockiert. Saddam unternahm einen kühnen Versuch, aus dieser Sackgasse herauszukommen und annektierte Kuwait und seine reichen Ölfelder.
Dies gab den USA die Gelegenheit, ihre politische Hegemonie wiederherzustellen, nicht nur im Mittleren Osten, sondern auf der ganzen Welt. In der Hoffnung, das Gespenst von Vietnam auszutreiben, bereitete das Bush-Regime sich auf den Krieg vor. Die Bush-Administration hoffte auf einen schnellen und entscheidenden Sieg, der den Irak aus Kuwait vertriebe, aber gleichzeitig das irakische Regime intakt ließe. Um aber die Heimatfront für den Krieg mobilisieren zu können, mußte Bush Saddam mit Hitler vergleichen und setzte sich so gegenüber der Öffentlichkeit mehr und mehr unter Druck, den irakischen Führer zu stürzen.
Unter diesem Druck versuchte die US-Regierung nun, den Irak militärisch so zu besiegen, daß die Ba'ath-Partei Saddam durch jemand anderes ersetzen müßte. Tatsächlich gab das Bush-Regime führenden Kreisen im Irak mit dem Herannahen des Bodenkriegs im März die Möglichkeit, Saddam Hussein zu ersetzen. Die Massendesertion der irakischen Wehrpflichtigen und die darauffolgenden Aufstände nahmen der amerikanischen Regierung jedoch die Möglichkeit solch eines bequemen Sieges. Stattdessen drohte aus dem Aufstand eine ausgewachsene proletarische Revolution zu werden, mit all ihren schrecklichen Konsequenzen für die Akkumulation von Kapital im Mittleren Osten.
Das letzte, was die amerikanische Regierung wollte, war, in eine langwährende militärische Besetzung des Irak gezogen zu werden, um die Aufstände niederzuhalten. Es war viel effizienter, den bestehenden Staat zu stützen. Aber sie hatten nicht genug Zeit, um auf der Ablösung von Saddam Hussein zu bestehen. Das Chaos, das sich daraus entwickelt hätte, konnten sie sich kaum leisten. Und so verflüchtigte sich sozusagen über Nacht Bushs Feindseligkeit gegenüber dem Schlächter von Bagdad. Die beiden rivalisierenden Schlächter wurden Partner.
Ihr erstes Ziel war die Niederschlagung des Aufstands im Süden, der mit den riesigen Kolonnen von Deserteuren anwuchs, die von Kuwait nach Norden strömten. Obwohl diese flüchtenden irakischen Wehrpflichtigen für die alliierten Truppen oder ihr Ziel, Kuwait zu "befreien", keine militärische Gefahr darstellten, wurde der Krieg lange genug weitergeführt, um sie auf der Straße nach Basra durch die britische und amerikanische Luftwaffe mit Bombenteppichen zu belegen. Dieses kaltblütige Massaker diente einzig und allein dazu, den irakischen Staat vor meuternden bewaffneten Deserteuren zu schützen.
In der Folge dieses Massakers hielten die alliierten Bodentruppen, nachdem sie durch den südlichen Irak gezogen waren, um Kuwait einzukreisen, kurz vor Basra an und gaben den Republikanischen Garden - den Elitetruppen, die loyal zum irakischen Regime standen - freie Hand, die Aufständischen zu zerschlagen. Alle Ankündigungen, den Republikanischen Garden eine entscheidende Niederlage beizubringen oder weiter gegen Bagdad zu ziehen, um Saddam abzusetzen, waren schnell vergessen. In den Waffenstillstandsverhandlungen bestanden die Alliierten Streitkräfte darauf, daß alle Flugzeuge mit festen Tragflächen auf dem Boden blieben, aber der Gebrauch von Helikoptern, der zur Aufstandsbekämpfung notwendig ist, wurde zu "administrativen Zwecken" erlaubt. Dieses "Zugeständnis" erwies sich als wichtig, sobald der Aufstand im Süden niedergeschlagen war und der irakische Staat seine Aufmerksamkeit dem fortschreitenden Aufstand im Norden zuwandte.
Während der Aufstand in der Region Basra niedergeschlagen wurde, kaum daß er begonnen hatte, hatte er im Norden mehr Zeit, sich zu entwickeln. Er begann in Raniah, weitete sich auf Sulaimania und Kut aus und drohte auf seinem Höhepunkt, sich über Kurdistan hinaus auf die Hauptstadt auszuweiten. Das ursprüngliche Ziel des Aufstands drückte sich in der populären Parole "Wir werden unser Neujahrsfest mit den Arabern in Bagdad feiern!" aus. Die kurdischen Nationalisten trugen ebensoviel zur Niederlage dieser Rebellion bei wie die westlichen Mächte und der irakische Staat.
Wie alle nationalistischen Bewegungen verteidigen die kurdischen Nationalisten die Interessen der besitzenden Klassen gegen die Arbeiterklasse. Die meisten kurdischen Nationalistenführer kommen aus sehr reichen Familien. Talabani z.B. kommt aus einer Dynastie, die ursprünglich von den Briten eingesetzt worden war, und seine Eltern besitzen Luxushotels in Bagdad. Die KDP wurde von Reichen im Exil gegründet, die durch die Massenaufstände der Arbeiterklasse 1958 aus Kurdistan vertrieben worden waren, als Hunderte von Landbesitzern und Kapitalisten aufgehängt wurden. Als ein Ergebnis dieser erschreckenden Ereignisse wurden auf einem Treffen von exilier-

ten Bourgeois in Razaeia/Iran, nationalistische Todesschwadrone organisiert, um Klassenkampf-Militante im irakischen Kurdistan zu töten. Später verübten sie rassistische Morde an Arabern. Während des Irak-Iran-Krieges schlossen sich sehr wenige Deserteure den Nationalisten an, und die PUK erhielt vom irakischen Staat eine Amnestie als Gegenleistung für die Verfolgung von Deserteuren.
Diese kurdischen Nationalisten erkannten gleich der internationalen Bourgeoisie die Bedeutung eines starken irakischen Staates für die Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation gegen eine kämpferische Arbeiterklasse. Und zwar derart, daß sie für das irakische Kurdistan lediglich den Status einer autonomen Region in einem vereinten Irak forderten.
Während des Aufstands taten sie ihr Bestes, um den irakischen Staat zu verteidigen. Sie verhinderten aktiv die Zerstörung von Polizeiakten und Staatseigentum, einschließlich Militärbasen. Die Nationalisten hinderten arabische Deserteure daran, sich dem "kurdischen" Aufstand anzuschließen, entwaffneten sie und schickten sie zurück nach Bagdad, wo sie verhaftet wurden. Sie taten alles in ihrer Macht Stehende, um die Ausweitung des Aufstands über die "Grenzen" Kurdistans hinaus zu verhindern, denn nur so hätte er siegen können. Als der irakische Staat seine Aufmerksamkeit dem Aufstand in Kurdistan zuzuwenden begann, taten die Radiosendungen der kurdischen Nationalisten nichts dazu, den Widerstand zu ermuntern oder gar zu koordinieren, sondern übertrieben stattdessen die Gefahr, die von den demoralisierten irakischen Truppen ausging, die immer noch zur Regierung hielten, und rieten den Leuten, in die Berge zu flüchten. Was sie dann auch taten. All dies ist keine Überraschung, wenn wir uns ihre Geschichte ansehen.
Obwohl die kurdischen Nationalisten, wie wir gesehen haben, nicht sehr beliebt waren, waren sie aufgrund ihrer Organisation und größerer materieller Ressourcen in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bringen und den Aufstand in Kurdistan einzudämmen. Schon lange waren sie vom Westen unterstützt worden, - die KDP durch die USA und die PUK durch Großbritannien - und so waren es die kurdischen nationalistischen Parteien, die die Versorgung sowohl mit Nahrungsmitteln als auch mit Informationen kontrollieren konnten. Dies war entscheidend, denn nach Jahren der Entbehrung, durch den Krieg noch verstärkt, war die Suche nach Lebensmitteln vorrangig. Viele Einzelpersonen waren erstmal damit beschäftigt, Lebensmittel zu plündern, statt eine revolutionäre Organisation und die Entwicklung des Aufstands aufrechtzuerhalten. Diese Schwäche machte es den nationalistischen Organisationen möglich, mit ihrer reichlichen Lebensmittelversorgung und ihren gut ausgerüsteten Radiostationen einzugreifen.

Der Krieg am Golf wurde beendet, weil die irakische Arbeiterklasse sich weigerte mitzukämpfen, und er wurde beendet wegen der darauf folgenden Aufstände im Irak. Aber diese proletarischen Aktionen wurden mit den vereinten Anstrengungen der verschiedenen internationalen und nationalen bourgeoisen Kräfte zerschlagen. Wieder einmal war der Nationalismus das entscheidende Hindernis für den proletarischen Aufstand. Es ist zwar wichtig, festzuhalten, daß die Politik im Mittleren Osten nicht vom islamischen Fundamentalismus und arabischen Nationalismus beherrscht wird, wie das gewöhnlich in der bourgeoisen Presse dargestellt wird, sondern auf dem Klassenkonflikt beruht. Andererseits sind die unmittelbaren Aussichten für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse im Irak jetzt trübe.
Der Krieg führte nicht nur zur Niederlage der irakischen Arbeiterklasse, sondern er legte auch die Niederlage der Arbeiterklasse in den USA und, in geringerem Maße, in Europa offen. Die westliche Anti-Kriegs-Bewegung entwickelte sich nie zu einer massenhaften Opposition der Arbeiterklasse gegen den Krieg. Sie blieb bestimmt durch eine pazifistische Ausrichtung, die dem Krieg mit Begriffen eines alternativen nationalen Interesses "entgegentrat": "Frieden ist patriotisch". Sie drückte zwar ihren Abscheu über den Holocaust der Alliierten aus, war aber gegen alles, was sie mit dem Staat konfrontiert hätte. Stattdessen konzentrierte sie sich auf nutzlose symbolische Proteste, die lediglich das Gefühl der Hilflosigkeit angesichts der staatlichen Kriegsmaschinerie verstärkten.
Nach der Niederschlagung des Aufstands ging die falsche Berichterstattung der westlichen Medien weiter. Das Proletariat wurde als hilfloses Opfer dargestellt, reif für die Fürsorge der Spendenorganisationen, dankbar für die Spektakel von Pop-Stars, die dem toten Live-Aid-Gaul nochmal die Sporen gaben. Für die, die sich an den Aufstand erinnerten, war ein "Let It Be... Kurdistan"-T-Shirt <etwa: "Gebt Kurdistan eine Chance"> die naheliegende Antwort. Wenn der Aufstand auch niedergeschlagen ist, können wir nicht zulassen, daß ohne Widerspruch verfälscht wird, worum es in ihm ging und wie er niedergeschlagen wurde: daher dieser Text.
Da die Arbeiterklasse es nicht geschafft hat, ihre eigenen Klasseninteressen als etwas vom "nationalen Interesse" Verschiedenes zu erkennen und die Kriegsanstrenungen zu sabotieren, werden die Spaltungen in unserer internationalen Klasse entlang nationaler Linien nur noch tiefer werden. Die über uns Herrschenden werden nun umso zuversichtlicher mörderische Kriege führen, gegen die anderswo auf der Welt niemand etwas sagen wird. Diese Zuversicht fehlte ihnen, seit die Arbeiterklasse den Vietnam-Krieg durch Meutereien, Streiks und riots beendete.

INFOS ZUR SITUATION IN DER PLÖTZE

Die Situation im Frauenknast hat sich seit dem letzten Hungerstreik im Frühjahr 1989 kontinuierlich verschlechtert, indem damals durchgesetzte Verbesserungen nach und nach wieder zurückgenommen wurden.

Postzensur: nach dem Hungerstreik wurde rein- und rausgehende Post "nur" noch stichprobenweise (10% der Post) kontrolliert. Für die BTM- Gefangenen in Haus 1 ist es inzwischen wieder so , daß sämtliche Post kontrolliert wird.
Hofgang: Nach dem Hungerstreik waren wesentlich längere Hofgangzeiten durchgesetzt worden, die jetzt wieder zeitlich wie vor dem Streik begrenzt worden sind.
Kommunikationszentrum: nach dem Hungerstreik ist ein KoZentrum durchgerichtet worden, in dem sich die Frauen aus den verschiedenen Häusern Samstags für ein paar Stunden treffen können. Schon nach kurzer Zeit wurde es seitens der Anstaltsleitung so gehandhabt, daß die Frauen nicht mehr die Möglichkeit hatten, das KoZentrum kurz zu verlassen,

um beispielsweise etwas aus den Zellen/Häusern zu holen. Waren sie erst einmal draußen, wurden sie nicht mehr wieder ins KoZentrum reingelassen. Anstatt während der Öffnungszeiten aus dem KoZentrum auf die Gemeinschaftshöfe gehen zu können, wurde den Frauen der Trakthof zugewiesen. Damit war ein freies Kommen und Gehen ins KoZentrum gar nicht möglich.
Offene Stationstüren: Eine wichtige Forderung, die mit dem Hungerstreik durchgesetzt wurde, war, daß nachmittags die Stationstüren in den einzelnen Häusern stündlich für 15 min geöffnet wurden, so daß die Frauen sich auf den verschiedenen Stationen besuchen konnten. Seitdem gibt es aber auch immer wieder Gerüchte, daß dies ebenfalls wieder rückgängig gemacht werden soll.

Darüber hinaus gibt es natürlich noch viele andere Möglichkeiten für die Anstalt, Verschärfungen einzuläuten:
- So sind seit Juni 1991 die Kontaktzellen (zumindest in Haus 1) geschlossen worden. Davor gab es auf jeder Station eine Zelle, in der die Frauen sich über Nacht zu zweit einschließen lassen konnten. Natürlich nicht als "Normalzustand", sondern wenn es einer Gefangenen so schlecht ging, daß auch die Bereichsleiterin (ist jeweils zuständig für ein Haus) nicht mehr darüber hinwegsehen konnte.
- Bis vor einigen Monaten haben die Frauen, die nicht arbeiten oder sich auf einen Schulabschluß vorbereiten, vormittags die Stationen geputzt, was für sie hieß, daß sie darüber die Möglichkeit hatten, aus ihren Zellen raus zu kommen und sich auf der Station mit den anderen aufhalten zu können. Mit der Begründung, daß es "ungerecht" sei, wenn einige Frauen für die anderen mitputzen würden, wurde diese Regelung dahingehend verändert,daß nun alle Frauen während der allgemeinen Aufschlußzeiten putzen müssen. Für die nicht-arbeitenden Frauen heißt das vormittags in den Zellen eingeschlossen zu sein, für alle Frauen bedeutet es, daß sie einen Teil ihrer sowieso schon geringen Auf- und Umschlußzeiten mit Putzen verbringen sollen.
- Das morgendliche Joggen ist inzwischen auch verboten worden. Begründet wird dies damit, daß morgens der Grünstreifen direkt an der Mauer (dessen Betreten sowieso verboten ist) noch nicht daraufhin kontrolliert worden ist, ob Sachen von draußen über die Mauer geworfen worden sind.
- Schon seit längerem ist es so, daß als Bedingung für Telefonate mit Anwältinnen und Anwälten die Schlusen bzw.Schließer die Nummer anwählen, um zu kontrollieren, ob es sich tatsächlich um ein Anwalts- /Anwältinnenbüro handelt. Den Anwalt/die Anwältin privat anzurufen, ist nicht erlaubt.

Die meisten dieser Schikanen gehen wohl auf das Konto von Frau Lux-Schulz, 1. Stellvertretende Anstaltsleiterin, 2. Chefin der Sicherheits- und Ordnungsabteilung und gleichzeitig Bereitschaftsleiterin von Haus I.
Am Freitag, dem 12.7., schlug sie dann mal wieder zu. Diesmal erließ sie eine Verfügung für Haus I (Btm-Gefangene), daß sämtliche Telefongespräche (samstags und sonntags gibt es in Haus I Telefonzeit, während der die Frauen raustelefonieren können) überwacht werden, d.h. eine Schluse/ein Schließer die Gespräche mithört.
Als Aufhänger für diese Aktion wird wahrscheinlich der Drogenkonsum in den Knästen herhalten müssen, der ja seit einiger Zeit spektakulär in der Presse verbraten wird.
Damit war dann die Schmerzgrenze erreicht. Am 15.7. gingen alle 29 arbeitenden Frauen aus Haus I in einen Arbeitsstreik.
Die Anstaltsleitung reagierte prompt und löste alle Frauen am 16.7. von der Arbeit ab, so daß der Streik ins Leere lief.
So spontan die Aktion war, so wenig war eben auch vorher überlegt worden, wie mit solchen Reaktionen/Repressalien der Anstaltsleitung umgegangen werden sollte. Das Ergebnis davon war, daß der Streik abbröckelte. Am Donnerstag nahmen die ersten Frauen die Arbeit wieder auf, seit Montag arbeiteten dann wieder alle. Es ist nicht ganz klar, ob alle "ihre" alten Arbeitsplätze wiederbekommen haben. Ein oder zwei Frauen, die an der Aktion beteiligt waren, haben jetzt keine Arbeit mehr.
Am 19.7. gab es dann noch ein Gespräch zwischen den Frauen aus Haus I und der Bereichsleitung über die Telefonüberwachung, was erwartungsgemäß ergebnislos blieb. Die Stimmung in Haus I ist dementsprechend...

Der Arbeitsstreik war für die meisten gefangen Frauen eine spontane Reaktion auf diese letzte Verfügung.
Stark war es, daß wirklich alle arbeitenden Gefangenen aus Haus I mitgemacht haben - zum ersten Mal seit langem die gefangenen Frauen sich zusammen gewehrt haben. Doch aufgrund des spontanen Entschlusses waren sich wahrscheinlich viele nicht im klaren über die Konsequenzen und Repressionen der Anstaltsleitung und dementsprechend auch nicht darauf vorbereitet, damit umzugehen.

Wir hoffen, daß von den Frauen selber auch noch mal ein Bericht und eine Einschätzung zum Arbeitsstreik kommt.

Seit dem 13.7.91 besteht eine neue Verfügung, die besagt, daß alle Telefonate - ohne Einschränkung! - überwacht werden. (mitgehört werden)
Wir lassen uns diese totale Überwachung nicht länger gefallen, und treten aus diesem Grunde am 15.7.91 geschlossen in einen Arbeitsstreik.
Diesen setzen wir so lange fort, bis diese Verfügung zurückgenommen wird.
Desweiteren haben wir über unsere Aktion die Öffentlichkeit und unsere Rechtsanwälte informiert.

gez. die Frauen aus Haus I

Hallo ...   Plötze, 15.9.91

(...) Also, diesmal schreibe ich mehr im Namen aller Frauen aus Haus I, ab heute treten wir in Arbeitsstreik und brauchen so viel es geht Unterstützung von Draußen. Das was hier z. Zeit abgeht ist richtig abartig: Stück für Stück nehmen sie uns hier, was was wir durch den letzten Hunger Hungerstreik erkämpft haben, einfach weg.

1) Post wird wieder Kontrolliert (Nach dem Hungerstreik war es nur, sagen wir, von 50 Briefen, die wir abgegeben haben, haben sie 5 Stück kontrolliert und wir durften die Briefumschläge zukleben, seit letztem Jahr wird die gfanze Post gecheckt und die Umschläge mußten wir offenlassen)

2) Im Haus I (bei uns, nur für BTMerinnen) hatten wir eine Doppelzelle s. genannte Problemzelle. Frauen, die sich nicht mehr wohlfühlten oder depressiv waren-sind, durften zu zweit übernachten, vor ca. 4 Wochen ist die Zelle einfach abgeschafft worden. Ohne irgendeine Begründung haben sie die einfach in eine Einzelzelle umfunktioniert.

3) Und jetzt die Sache mit Telefonieren!
Wir - Strafgefangene - haben 2* wöchentlich 10 Minuten für unsere privaten Telefonate, es ist schon 'ne Schweinerei, daß uns nur 10 Minuten bleiben, in denen wir unsere Privatleben und Kontakte nach Draußen erledigen müssen, es ist egal, ob du Ehe-, Familien- oder andere Probleme hast, in 10 Minuten mußt du es schaffen. Am Freitag abend kam Anordnung von Frau Lux-Schulz (Vertreterin vom Hoflich, dem Anstaltsleiter) alle Telefonate, die wir durchführen, zu überwachen. Also, jetzt wollen die auch unsere Privatsphäre kontrollieren, grade am Samstag ist unsere "Telefonzeit" die 10 Minuten für unsere Privat-Gespräche, und Frau Lux-Schulz geht jetzt langsam zu weit. Über Wochenende haben alle Frauen in Haus I die regulierte Telefonzeit verweigert, unter Bewachung hat keine telefoniert. Leute, was sie sie mit uns machen ist reine Schickane!
Ich bitte euch im Namen aller Frauen um Unterstützung!

...

Danke!



DIE GEFANGENEN SCHLAGEN KRACH !

zur situation in preungesheim :

Die Gefangenen Männer im Preungesheimer Knast haben in der Nacht von Sonntag auf Montag, dem 24. Juni erneut begonnen, gemeinsam für ihre Forderungen zu kämpfen. Genau um 24.00 Uhr fingen sie an mit allem was sie hatten Krach zu schlagen. Draußen haben Leute mit dem Abfeuern von Feuerwerkskörpern, dem Rufen von Parolen und zwei großen Lagerfeuern sicht- und lautstark ihre Solidarität ausgedrückt. Drinnen und draußen war die Hölle los. Die Mauern schienen überwindbar. Die Gefangenen hielten noch bis in die Morgenstunden durch, so daß die BürgerInnen von nebenan sich am nächsten Tag bei der Knastleitung beschwerten.

In der Frankfurter Rundschau erschien zwei Tage später ein Artikel der nur die Aktion draußen erwähnte, und in dem scheinheilig die Frage formuliert wurde, warum dieser nächtliche Besuch stattgefunden hatte. Sie wissen es ganz genau. Letztes Jahr noch berichteten sie ausführlich über die unerträglichen Bedingungen im Knast. und dem Kampf dagegen. Jetzt haben sie sichtlich kein Interesse daran die Wahrheit zu schreiben.

Nach einem Jahr sind die Forderungen der Gefangenen außer zweien immer noch nicht erfüllt:

"1. Täglichen Hofgang im Freien
2. Freizeit für alle Gefangenen und nicht erst nach zwei Monaten
3. Schließung der Betonkäfige, in denen meistens der Hofgang stattfindet
4. Freier Blick aus dem Fenster, weg mit den Betonblenden und den Milchglasscheiben
5. Schließung der Bunkerzellen; keine suizidgefährdeten Gefangenen in den Bunker
6. Freilassung aller kranken, haftunfähigen Gefangenen. Freilassung aller aidsinfizierten Gefangenen
7. Keine Weiterbeschäftigung von medizinischem Personal gegen das wegen fahrlässiger Tötung und unterlassener Hilfeleistung ermittelt wird
8. Verbot von Einsatz von sogenannter "Psychopharmaka-Spritzen" gegen angeblich "unruhige Gefangene"
9. Telefonieren mit den Angehörigen, insbesondere für die ausländischen Gefanngenen
10. 60 Minuten Besuch nach Abschluß der Ermittlungen ohne Einzelüberwachung
11. Tagsüber Aufschluß auf allen Stationen
12. Mehr fremdsprachensprechende Sozialarbeiter und Fachpersonal. Mehr Sprachunterricht
13. Einschalten des Stroms in allen Zellen 24 Stunden; die Möglichkeit das Licht selbst an und aus zu schalten
14. Schluß mit dem Rassismus der deutschen Schließer
15. Bildung und Zulassung eines frei gewählten Gefangenenrats
16. Absetzung von Anstaltsleiter Klüsener und Vizechef Schütze, die hauptverantwortlich sind für die unhaltbaren Zustände in der JVA Preungesheim"

Wir denken, daß die Forderungen der Gefangenen ausreichend deutlich machen, was die Zustände im Preungesheimer Männerknast sind. Wir wollen deshalb nur auf eine Forderung genauer eingehen. Die Auswirkung der Betonsicht-blenden beschreibt ein Gefangener so: "Diese Platten vor den Fenstern nehmen dir Stück für Stück dein Augenlicht. Das wird verständlich wenn du bedenkst, du siehst über dir nur drei Meter Himmel, unter dir nur drei Meter Innenhof. Keine weiten Entfernungen, keine Sonne, die vier Jahreszeiten nicht mehr sehen." Was es heißt, das auf Monate, vielleicht Jahre aushalten zu müssen, ist einfach eine Quälerei !

Es ist also kein Wunder, wenn in Preungesheim ungefähr alle sieben Wochen ein Selbstmord passiert, und alle paar Tage eine Selbsttötung versucht wird. Doch anscheinend läßt die Knastleitung all das völlig kalt. Selbst die Tatsache, daß die Zellen PCB-verseucht sind, und daß viele Gefangenen an gesundheitlichen Schäden leiden, kann sie nicht zu Verbesserungen bewegen. Die bewußte Beibehaltung dieser beschissenen Bedingungen wird dazu benutzt, die Gefangenen dazu zu bewegen, daß sie sich freiwillig in das neue Hochsicherheitsgefängnis in Darmstadt-Weiterstadt verlegen lassen.

Weiterstadt mag zwar von den baulichen Bedingungen her eine "Verbesserung" gegenüber von Preungesheim darstellen (z.B. Hofgang im Freien), allerdings ist dieses Gefängnis nach modernsten Sicherheitsstandards gebaut und ermöglicht einen nahezu totalen Zugriff auf die Gefangenen. Auf der einen Seite können die Gefangenen durch verschiebbare Trennwände jederzeit völlig voneinander isoliert werden, auf der anderen Seite kann der sogenannte Wohngruppenvollzug durchgeführt werden. Das heißt, Psychologen und Sozialarbeiter suchen die Gefangenen, die in diese Gruppen kommen sollen, so aus, daß sie sich gegenseitig kontrollieren und fertig machen sollen.

Zur Zeit werden in der BRD und in anderen europäischen Ländern immer mehr und perfektionierte Knäste gebaut. Die HERRschenden können viele Widersprüche ihres Systems nur noch mit polizeistaatlichen Mitteln beantworten. Knast setzt da ein, wo andere gesellschaftliche Institutionen, die zur Kontrolle und Disziplinierung dienen, z.B. Familie, Schule und Arbeit nicht mehr greifen.

Auch in Frankfurt, Deutschlands Wirtschafts- und Finanzmetropole, versuchen die HERRschenden die Folgen ihrer Politik verstärkt durch offene Repression unter den Teppich zu kehren. Wohnungslose Menschen, Drogenabhängige und ausländische Jugendliche, die sich in Gruppen zusammenschließen um ihren beschissenen Alltag gemeinsam und mit ihren Mitteln zu bewältigen sollen per Staatsgewalt aus der glitzernden Innnenstadt und aus den Konsum- und Freizeitbereichen der anderen verdrängt werden (jüngstes Beispiel ist die Räumung der Zelte am Westhafen). Frauen und Männer, die sich diesen Säuberungsaktionen versuchen alleine durch ihre weitere Anwesenheit zu widersetzen landen oft auch im Knast.

Im Zuge der Rationalisierungen werden immer mehr Menschen für die Kapitalinteressen überflüssig und können nicht mehr integriert werden. In der BRD sind jetzt schon 60 000 Frauen und Männern in Knästen weggesperrt, weitere 3 800 verweilen (allein) nach richterlichem Beschluß in den Klappsen.

Das kapitalistische System grenzt aber nicht nur die Menschen hier aus, sondern lebt von der Ausgrenzung und Unterdrückung von vier Fünfteln der Weltbevölkerung. So sitzen im Preungesheimer Knast auch viele ausländische Gefangene, deren Vergehen darin besteht, daß sie für die Drogenmafia Kurierdienste übernommen haben. Doch, und das müssen alle verstehen, das ist für sie oft die einzige Möglichkeit ihr Überleben in ihren Heimatländern zu sichern. Viele tun das, obwohl sie wissen, daß die Chancen durch die Kontrollen am Flughafen zu kommen sehr gering sind.

Knast ist immer Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse oder, wie Karlheinz Dellwo, Gefangener aus der RAF sagt, Knast ist das Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft.

In gleichem Maße, wie wir dieses System von Spaltung, Unterdrückung, Ausgrenzung und Zerstörung bekämpfen, nicht die Maus im Laufrad sein wollen, sondern unsere Leben jenseits von staaatlicher Bevormundung selbstbestimmt leben, die Freiheit wollen, stehen wir hinter den Forderungen der Gefangenen.

Aus dem gleichen Verhältnis haben wir auch 1989 den Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand und anderer kämpfender Gefangenen für ihre Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen unterstützt. Am Ende des dreieinhalbmonatigen Hungerstreiks kamen nur vier Frauen aus der RAF in Köln-Osssendorf zusammen. Außer den schon vorher bestehenden Kleinstgruppen in Celle und Lübeck, sind alle anderen weiterhin der Einzelisolation ausgesetzt und das teilweise schon seit Jahren!

In den Medien reden die Herrschenden davon, die Zusammenlegung wäre existent und sei gescheitert, aber real gibt es überhaupt keine Zusammenlegung, sondern nur Kleinstgruppenisolation, wie z.B. in Köln-Ossendorf. Sie versuchen gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß die Haftbedingungen nicht geändert werden müssen, gleichzeitig werden die aber gar nicht mehr erwähnt. Sie behaupten einen bevorstehenden Hungerstreik und besetzen jetzt schon die öffentliche Auseinandersetzung mit ihren Lügen.

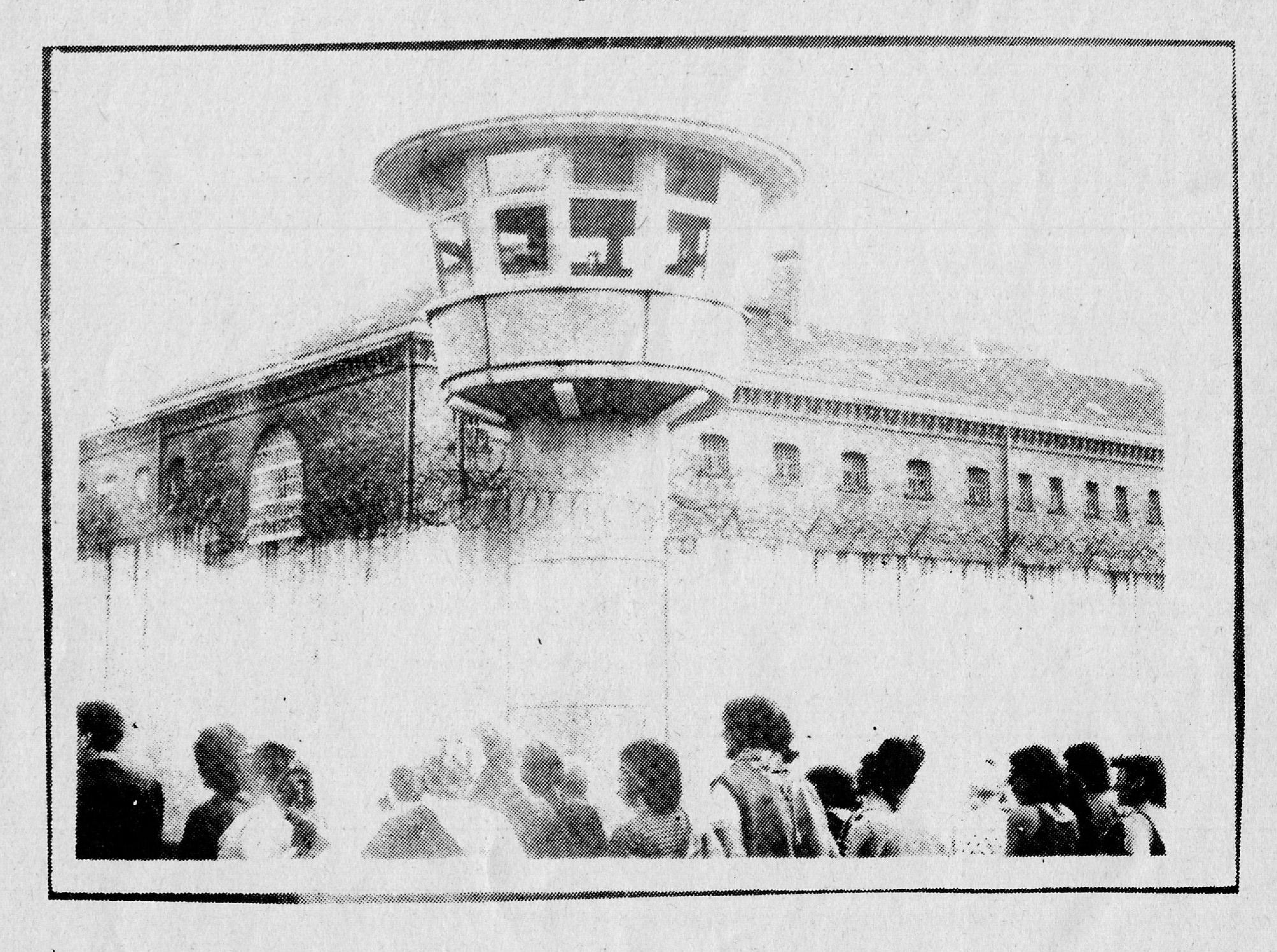
Bundesanwaltschaft und Verfassungsschutz verbreiteten seit Monaten mit tatkräftiger Unterstützung der Medien die Lüge der "Zellensteuerung". Dieses Konstrukt dient unter anderem als Rechtfertigung für die weitere Verschärfung der Haftbedingungen. So sollte die Kleinstgruppe der Frauen in Köln-Ossendorf auseinandergerissen werden. Kontaktsperre wird angedroht und schrittweise schon durchgeführt. Z.B. durch verschärfte Postzensur, Halbierung der Besuchszeiten auf eine Stunde monatlich, Verlegung innerhalb des Knastes u.s.w..

Laut Frankfurter Rundschau vom 9. Juli 91 distanziert sich die BAW inzwischen davon, mit dem Bekenntnis, es gibt keine anklagerelevanten Beweise für dieses Konstrukt. Das beziehen sie aber bisher nur auf die Kleinstgruppe in Köln-Ossendorf. Darüberhinaus dient dieses Konstrukt auch dem Versuch der Kriminalisierung der AnwältInnen.

Das Wenige, das von den Gefangenen und der Bewegung draußen im letzten Hungerstreik erkämpft wurde, soll so wieder zurückgedreht werden. Genauso wie es kein Problem wäre, die Gefangenen in eine oder zwei große Gruppen zusammenzulegen, wäre es auch möglich die Forderungen der gefangenen Männer in Preungesheim zu erfüllen.

Aber die politische Entscheidung ist, in allen Köpfen das bestimmende Moment des Kampfes zu brechen und das Gefühl zu vermitteln, daß wir doch nichts erreichen können. Doch **solange der Widerspruch zwischen leben wollen und nicht leben können existiert, kann auch der staatliche Gewaltapparat unseren Kampf für die FREIHEIT nicht verhindern !!!**

LASST UNS DIE PLÄNE DER HERRSCHENDEN GEMEINSAM DURCHKREUZEN!
UNTERSTÜTZt DIE FORDERUNGEN DER GEFANGENEN!
SELBSTBESTIMMTE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLER GEFANGENEN DIE DAS WOLLEN IN GROSSE GRUPPEN!
NIEDER MIT DEN KNÄSTEN!
FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!





KNASTKUNDGEBUNGEN in Frankfurt-Preungesheim am 13.7.91 ab 16 Uhr und in Köln-Ossendorf am 2o.7.91 ab 14 Uhr, Rochusstrasse 35o !!!!!!!!!!!!!!!!!

HETERROR DIE LETZTE INTERIM, HETERROR

typisch heterosexuelle ignoranz und arroganz.
ich unterstell euch jetzt mal keinen bösen willen. ich könnt mir eher denken, daß ihr einfach irgendwas schwules nehmen wolltet und ihr gar nicht richtig drüber nachgedacht habt. jedenfalls war ich ganz schön sauer. vielleicht war euer vorwort selbstkritisch und selbstzynisch gedacht, so von wegen nun könnt auch ihr (und mit euch die szene) eure augen vor der gesellschaftlich relevanten gruppe nicht mehr verschließen, wie das so oft getan wird. aber in verbindung mit den "allgemeinpolitischen dokumenten" war das ganze bischen zu krass, und völligst unsensibel. könnt ihr verstehen, daß sowas verletzend ist?

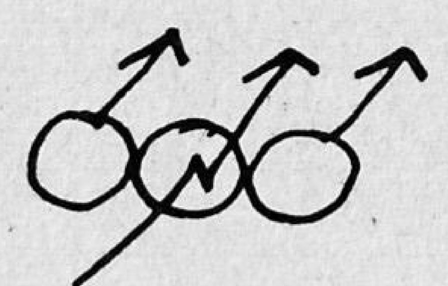
was wir mit heterror meinen ist z.b. auch das titelbild der letzten interim. wie könnt ihr nur sowas schwulenfeindliches auf die erste seite packen? stellt euch den "witz" mal mit schwarzen vor: kommen zwei schwarze und fragen ob hier heute treffen von schwarzen oder ausländerInnen ist und sie bekommen zur antwort: nein, hier ist internationales skinhead-treffen. könnt ihr lachen? nein? ich auch nicht. ich konnte auch nicht lachen über den "witz" mit schwulen. (ich kann mir vorstellen, daß ich das in einem schwulen-comic in einem anderen zusammenhang auch lustig finde, aber so...)

wir lassen uns nicht entpolitisieren!!!!
für uns ist schwul-sein politisch. die reduzierung auf unsere sexualität hängt uns zum hals raus. daß wir mit männern ins bett gehen und heteros mit frauen, ist EIN unterschied von homosexualität und heterosexualität. und auch der ist politisch.mit heterror meinen wir nicht nur die liebe und sexualität zwischen mann und frau. es spricht doch nichts dagegen, wenn sich eine frau und ein mann lieb haben und miteinander ins bett gehen - abgesehen davon daß es in diesem system keine gewaltfreie beziehung zwischen mann und frau geben kann und deshalb solche beziehungen auch heterror sind. die meiste zeit wird das was wir sagen überhaupt nicht ernst genommen. heterror wird mit "homoterror" gleich gesetzt wenn wir beziehungsprobleme haben. wir haben die doch auch weil wir die heterosexuelle zweierbeziehung als vorbild in unseren köpfen haben. und heterror sind wir auch in unserem verhalten. wir stellen uns nicht auf den höchsten sockel und verkünden von da was die heteros richtig und was falsch machen.
entpolitisiert werden wir auch wenn unsere kritik an dem heterosexistischem alltag nur auf die zweierbeziehungen zurückgeführt wird.
zwangsheterosexualität ist zutiefst patriarchal und sexistisch!!!
die HERRschenden verhältnisse sind patriarchal. und das patriarchat ist heterosexuell. alles was uns bedroht sind heterosexuelle männer: die bosse beim kapital, in der verwaltung, in den gewerkschaften und parteien, die rüstungsstrategen und kriegsherren, die armeen und söldner, die todesschwadronen, folterer, henker, richter, bullen, die fascho-banden... und alle eint ihr heterosexueller männerwahn.
EIN schritt, aber ein sehr wichtiger schritt das patriarchat abzuschaffen, ist die heterosexuelle struktur zu knacken. wir schwule nehmen uns davon gar nicht aus. wir sind in unserem verhalten zum großen teil auch heterosexuell. unsere "schwule identität" haben wir noch nicht gefunden. ich hab auch noch kein klares bild dessen im kopf. ich weis nur, daß wir die herrschenden patriarchalen

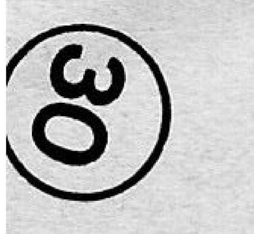
verhältnisse nicht ändern können, solange es sich die männer zum ziel machen frauen sexuell zu beherrschen und auszubeuten, sich über frauen reproduzieren lassen, ihre homophilen neigungen unterdrücken und leugnen, sich nicht über männer reproduzieren, sich nicht in ihrem alltag, in ihrem leben, in ihrer liebe und zärtlichkeit und ihrer sexualität auf männer beziehen.

TUNTENTERROR GEGEN HETERROR !!

ein völligst genervter schwuli



war natürlich nicht als interim-anpisse gedacht, im gegenteil eher ein denkanstoß für die szene.



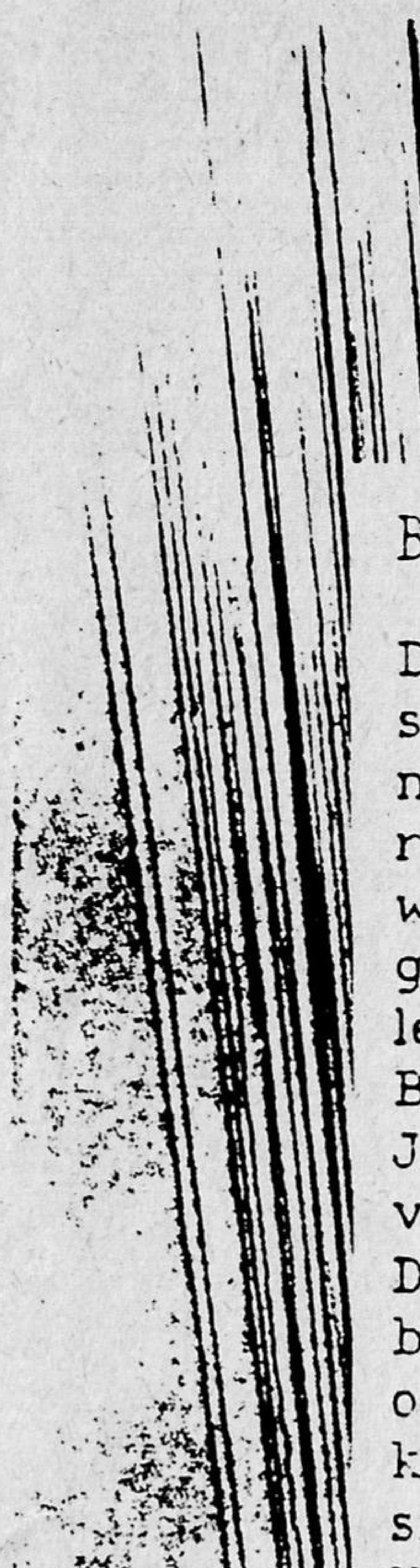
Hier drei kurze Beiträge vom Kongreß in Venedig
Wie ja schon in der Interim Nr.155 berichtet wurde, waren die meisten Beiträge fast unerträglich lang. Und auch die fehlende Erkenntnis über das Patriachat als Herrschaftsverhältnis ließ meine Ohren unaufmerksamer werden. Vom organisatorischen Aufwand, den so ein Kongreß erfordert und den somit die italienischen GenossInnen leisteten, war ich sehr beeindruckt.
Und eben gerade die Möglichkeit die Augen über Europas Horizont hinaus öffnen zu können, hat mir sehr gefallen.
Die nachfolgenden Texte sind meiner Meinung nach für die Fortführung unserer Diskussion über Eurozentrismus, Rassismus und auch zu Gedanken zur praktischen Solidarität anregend und interessant. Also viel Spaß beim lesen.

Beitrag eines tunesischen Immigramten aus der Pantanella(Rom)

Ich bin ein Immigrant hier in Italien. Vor allen Dingen frage ich euch ganzen Europäer: Der Internationalismus, ist das nur Europa? Bei diesem Kongreß, der sich internationalistischer Kongreß nennt, gibt es außer mir keinen Afrikaner. Wo ist der Internationalismus? Es gibt keinen Asiaten, keinen Lateinamerikaner. Ist das Internationalismus?
Meinen Beitrag teile ich in zwei Bereiche auf; der erste Teil ist zur weltweiten Situation. Als junger Marxist sage ich deutlich, daß die Kapitalisten mehr von Marx verstehen, als alle Marxisten der Welt, von Rußland bis Lateinamerika; weil sie immer weiter vorangeschritten sind, und wir hinterherhinken; sie haben jetzt die ganze Weltordnung und wir haben noch nicht einmal die Vorstellung und einen Teil der Kraft in der ganzen Welt.
Zur neuen Weltordnung, die vor allem auf den Schultern des Südens lastet, auf den Schultern der Armen überall und sie lastet vor allem auf den arabischen Ländern und den armen Ländern Asiens.

Wir schauen bei diesen schmutzigen Veränderungen, die Amerika gemacht hat, zu; die praktisch von allen Armen der Welt bezahlt werden, vor allem von den Armen Afrikas, der arabischen Länder und Asiens. Warum spricht die ganze Welt über die "Palästinenserfrage" seit '48, aber niemand hat es bis heute geschafft, sie zu lösen, weil, auch als Selbstkritik, die Marxisten, oder die Arbeitskräfte, den Kampf nicht so geführt haben, wie er hätte gegen den Imperialismus geführt werden müssen. Jetzt spricht niemand vom Irak, niemand spricht von 250.000 Toten; sie haben ein neues Problem geschaffen, das der Kurden. Ich bin solidarisch mit dem kurdischen Volk, aber des kurdische Volk findet sich durch den englischen und französischen Kolonialismus ohne Land wieder; das ist die Geschichte der Kurden. Die irakischen Kurden haben das Recht, ihre Sprache zu sprechen und zu lernen; wenn es für die Kurden keine Demokratie gibt, gibt es auch keine Demokratie für die Araber im Irak. Die türkischen Kurden hingegen haben nicht einmal das Recht ihre Sprache zu sprechen und werden als "Bergtürken" beschimpft. Das ist die Türkei, aber die Türkei ist ein Land, das durch die NATO, Europa und den Imperialismus zerstört und kaputtgemacht wurde. Niemand spricht heute über die zerstörten Menschen im Irak, die jetzt auch noch an der Cholera sterben.
Jetzt möchte ich über die Immigration in Italien sprechen. Immigrant sein in Italien, was die aktuelle Situation betrifft, ist eine Scheißsituation. Ich möchte aufzeigen, daß ich, dank eurer Einladung hier bei euch bin, aber ich habe auch vorher schon deutlich gesagt, daß sich nur einzelne Genossen solidarisch mit den Immigranten verhalten, aber die Autonomia hat uns nicht geholfen. Ich klage das hier an, vor allen. Wir haben uns erst im Januar gesehen, nach 6Monaten Besetzung, nach einem Jahr Kämpfen auf der Straße, vom Piazza Cinquecento bis zur Pantanella, bis sie uns aus Rom rausgejagt haben, und wir stecken immer noch inder Scheiße. Ich sage, daran müßt ihr Selbstkritik üben, denn ohne Selbstkritik, kann man nicht weitermachen. Die Immigranten sind heute ein neuer Markt geworden, leider ein Markt für alle, für die Linke und für die Rechte. Eine Linke, die die Immigranten unter ihren Fahnen sehen möchte, das ist keine Linke, das sind keine Genossen, sondern "Immigranten-Händler", "Menschen-Händler"; ich sage das mit voller Verantwortung, auch nach den weiteren Analysen nach 1 1/2 Jahren Erfahrung hier in Italien. Außerdem hat das "Gesetz 39" letztes Jahr 30 Milliarden Lire für die Immigranten bereitgestellt. Diese 30 Milliarden, vom italienischen Volk bezahlt, sind in italienische kattolische und sozialistische Organismen eingegangen und keine einzige Hilfe ist an die Immigranten gegangen, und somit gehen die Gelder der Immigranten an die Regierungsparteien, an die Agenten der Mafia.

Ein anderer Punkt: zum letzten Treffen in der Einwanderunsbehörde sind wir zu 63 als Delegation der Immigranten erschienen, aber die anderen Leute, die dort hinkamen, waren nicht Leute, die die Immigranten vertreten. Die Signora Boniver sagte, sie kann uns keine Antwort geben, auf die Fragen/Forderungen, die wir gestellt haben, weil man erst den Beschluß abwarten müsse, den ganz Europa am 15.6. fällt. Der erste Artikel in ihrer Akte betrifft das Wahlrecht der Italiener, die ins Ausland immigriert sind, der zweite Punkt ihrer Akte betrifft das politische Asylder Albaner und der dritte Punkt dreht sich um das Aufenthaltsrecht der anderen Immigranten, der Maghrebiner und der Asiaten.
Zwischen dem Wahlrecht und dem Aufenthaltsrecht liegt ein langer Weg, den die maghrebinischen, afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Immigranten in einem großen Kampf gehen müssen.
So beende ich meinen Beitrag.



BEITRAG EINER JAPANERIN

Die Situation hat sich nicht nur durch die polizeiliche Repression verschlechtert, sondern gerade durch die Präsenz der YAKUZA, der japanischen Mafia, die nicht nur die Mittelsmänner überwacht, die eigentlich die TagelöhnerInnen kontrollieren, sondern auch die TagelöhnerInnen direkt bedrohen. Die fünf größten und wichtigsten YOSEBAS sind in Tokio, Yokohama, Nagoja, Osaka und Kukuoka. Das größte YOSEBA heißt Kamugasaki und befindet sich im Zentrum von Osaka. Dort leben ca. 30.000 TagelöhnerInnen in extremen Elend, auf der Straße, in den U-Bahnstationen oder unter Brücken schlafend.
Jedes Jahr sterben 200 TagelöhnerInnen an Unterernährung, fehlender Krankenversorgung und an den Folgen der täglichen Ausbeutung.
Die schwierigste Periode ist der Winter. Dieses Jahr im Dezember und Januar haben sich viele verschiedene linke Gruppen getroffen, um Solidaritätsaktionen zu organisieren. Das Hauptziel ihrer Initiative war, die TagelöhnerInnen mit Krankenversorgung und Essen zu unterstützen, aber auch sie durch selbstorganisierte Patrouilliengänge durch die Straßen des YOSEBA vor der Polizei und der YAKUZA (Mafia) zu schützen.
Am 2. Januar 1991, als gerade eine Patrouille in Kamugasaki unterwegs war, fing die Polizei an sie zu fotografieren und zu filmen. Als einige GenossInnen dies verhindern wollten, fingen die Bullen sofort an zuzuschlagen und zuzutreten. Gleichzeitig wurde eine Frauenpatrouille von Zivilbeamten sexuell belästigt. Am nächsten Tag demonstrierten 30 Frauen vor der Polizeiwache und forderten die Bullen auf, sich für ihr brutales Vorgehen am Vorabend zu entschuldigen. Eine Frau war an jenem Abend schwer am Kopf verletzt worden. Auch in den darauffolgenden Monaten dauerten die Protestaktionen und Demonstrationen der Frauen gegen Sexismus und Rassismus an.
Der nächste Punkt, über den ich reden möchte, handelt von den eingewanderten TagelöhnerInnen in Japan. Die traditionellen ImigrantInnen sind die KoreanerInnen. Es sind 650.000 und machen 80 % der gesamten "AusländerInnen" aus. Warum die KoreanerInnen? 1910 war Korea von Japan kolonialisiert worden, Land wurde besetzt und Japanisch wurde die offizielle Sprache. Die KoreanerInnen wurden gezwungen zum japanischen Imperator zu beten. 1939 wurden koreanische ArbeiterInnen als billige Arbeitskräfte nach Japan deportiert. 1945, zum Kriegsende, waren 3 Millionen koreanische ArbeiterInnen in Japan. Ein Drittel von ihnen wurde von der GHQ, der politischen Polizei der USA, die nach dem Krieg Japan besetzt hatte, um es zu reorganisieren, gezwungen die japanische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Nach dem Abschluss des "Friedensvertrages", 1952 in San Francisco, verloren diese KoreanerInnen die japanische Staatsbürgerschaft wieder. Das bedeutete eine sehr schwierige Situation für diejenigen, die sowieso in Japan bleiben mußten. Ihnen wurde untersagt Handel zu treiben, sowie einen japanischen Pass zu besitzen. Durch die Tatsache, daß Japan keine diplomatischen Beziehungen zu Nord-Korea unterhielt, wurde die Situation noch komplizierter. Auch heute noch sind die KoreanerInnen Opfer des Rassismus und somit gezwungen, die schlechtesten und unterbezahltesten Arbeiten zu verrichten. Seit 2 Jahren kommen die "neuen ImigrantInnen", also die "neuen Billig-Arbeitskräfte" aus Südostasien.
Ein Beispiel: Ein 40 jähriger Mann aus Bangladesh, der im November 1989 in Japan ankam, mit der Hoffnung Arbeit zu finden, um dann seiner Familie Geld schicken zu können, nahm erstmal alle möglichen "Jobs" an. Im Juli 1990 fing er an, in einer Metallfabrik zu arbeiten. Durch einen Unfall in der Fabrik verlor er zwei Finger. Entgegen allen vertraglichen Vereinbarungen wurde er ohne finanzielle Abfindung sofort entlassen. Eine Solidaritätsgruppe versucht das Management zu zwingen, ihn zu bezahlen.

Wie ich schon vorher sagte, befinden wir uns in einer neuen Situation, seitdem die Menschen aus Südostasien nach Japan einwandern. Dies hängt vor allem mit dem restriktiven Einwanderungsgesetz zusammen, durch das viele in die Illegalität getrieben werden. Viele kommen mit der sogenannten Hilfe der Mafia illegal ins Land. In dieser neuen Einwanderungsgeneration waren die Frauen die ersten, die kamen. Zehntausende Frauen aus Thailand, Korea und anderen südostasiatischen Ländern kamen, um Geld für ihre Familien zu verdienen. Viele von ihnen wurden gewaltätig zur Prostitution gezwungen. Einige japanische Frauengruppen versuchten, den Prostituierten zu helfen, indem sie Frauenhäuser als Zufluchtsorte gründeten. Heute werden die Frauenhäuser mehr und mehr von japanischen Hausfrauen genutzt, die vor der Gewalt ihrer Ehemänner flüchten.
Am Ende möchte ich noch eine Sache sagen, die mir sehr wichtig ist. Das, was ich in den YOSEBAS, den Ghettos der TagelöhnerInnen, beobachtet habe, ist, daß sie, die in Japan zu der Klasse der Unterdrücktesten und Ausgebeutesten gehören, nicht die rassistische Ideologie reproduzieren, die der größte Teil der japanischen Gesellschaft akzeptiert hat. Während die größten Gewerkschaften Japans sich nicht mit den EinwanderInnen aus Südostasien solidarisieren, gibt es die kleine, aber radikale Gewerkschaft der TagelöhnerInnen in den YOSEBAS, die sponten in ihren alltäglichen Kämpfen gegen Polizei, Mafia und Mittelmännern mit den EinwanderInnen kooperiert. Als linke Bewegung, ist es unser Interesse mit den radikalen TagelöhnerInnen der YOSEBAS zusammenzukämpfen.
Die Situation ist das Problem der TagelöhnerInnen, nicht nur eins der südostasiatischen ArbeiterInnen. Unser Problem ist, wie wir als asiatische Völker mit anderen ArbeiterInnen Kontakt haben können, wie wir uns mit ihnen solidarisieren können. Auch wenn wir über die Unterschiedlichkeit der Mentalität und der Kultur zu dem Westen wissen, wollen wir InternationalistInnen sein, wollen wir Kontakt zwischen Asien und Europa und zwischen allen ArbeiterInnen der Welt herstellen.



gegen Sexismus und Gewalt!

boykottiert den Copyshop in der Urbanstraße, neben Karstadt in 44 Neükölln

Eine Frau, die dort arbeitete, weigerte sich, eine bunte Video-Hülle zu kopieren, auf der stand :
"Nackter Tango, nackte Gewalt, brutaler Sex - Der Erotik Thriller"
Das Ganze war entsprechend illustriert.
Die Reaktion des Chefs war, daß er nach den Inhalten nicht schaue, sondern an dem Auftrag interessiert sei. „Bei einem Faschisten mit Nazi-Flugblättern allerdings würde er sich das auch nochmal überlegen"!!!
Die Frau beharrte auf ihrem Standpunkt und weigerte sich weiter, das Sex & Gewalt Pornographie-Cover zu kopieren und damit Anstiftung zu Gewalt gegen Frauen zu vervielfältigen und zu verbreiten !!

Damit war die Frau ihren Job los.

Und wieder wird klar, wie wenig Sexismus als alltägliche Gewalt gegen Frauen erkannt wird - während Faschismus als bekämpfenswert gilt.
Denn besonders in Filmen wie diesem wird, wie auch sonst überall, ein Frauenbild vermittelt, daß uns suggerieren soll, Frauen würden auf gewalttätigen Sex mit Männern abfahren.
Diese von Männern gemachten Bilder/ Filme wollen uns Frauen bettgerecht machen.





Aber wir wehren uns gegen dies Frauenbilder !!!
Lebt eure eigene, selbstbestimmte Sexualität!!!
Schaut nach euren Bedürfnissen !!!
Wehrt euch immer und überall gegen Sexismus und Faschismus - grade in eurem Alltag !!!

KOMM ZU UNS! ab 12 Jahre

Wir sind eine junge Gruppe die sich jede Woche trifft, um was zu unternehmen. Also Freizeit-Aktivitäten wie Zelten, Fahrten, Fahrradtouren, Feten, Diskussionen, Besichtigungen, Veranstaltungen besuchen und so weiter...
Bei uns kann jeder mitmachen, egal welcher Nationalität er angehört; wir sind aber keine politische Gruppe, treten jedoch ein für mehr Toleranz, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen. Wir sind für Solidarität, für besseres Verständnis anderer Kulturen und Lebensformen, für Umweltbewußtsein, für verantwortungsvolles Denken und Handeln.

Wir erwarten von dir...

- daß du Schwächeren beistehst und
- daß du Fehler einsiehst und daraus lernst
- daß du hilfsbereit, kameradschaftlich und zuverlässig bist
- daß du ein fester Teil in unserer Gruppe bist, mitbestimmst und dich gemeinsamen Entscheidungen unterordnest
- daß du Lust auf Unternehmungen hast und kein Stubenhocker bist oder bleibst!

Dafür erwarten dich...

...gute und zuverlässige Freunde, die mit dir durch dick und dünn gehen und auf die du dich verlassen kannst!
...eine lustige und interessante Zeit!

EDELWEISS
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



Und nun?

Du kannst diesen Abschnitt ausfüllen und an uns schicken oder ihn in einen Umschlag stecken und im Buchladen (gleiche Adresse) abgeben! Adresse:
EDELWEISS, GNEISENAUSTR. 2A, 1000 BERLIN 61

VORNAME UND NAME:

ADRESSE:

WIE ALT: TELEFON-NUMMER:

Betrifft: " Komm zu uns! Ab 12 Jahre

Erster Schreck: (Recht tief sitzend) Die Faschos können sich verdammt gut anpassen!
Zweiter Schreck: (Viel tiefer) Das Ding kommt aus der Gneisenau 2a!

Daher ist genauere Auseinandersetzung mit dem (An-)Werbezettel angesagt.
Eigentlich ist es 'ne gute Idee Kinder und Jugendarbeit zu machen. Und gegen die Ziele Toleranz, Solidarität und Umweltbewußtsein ist auch nichts einzuwenden.ABER:

WER DARF MITMACHEN?
- Jungen ab 12 Jahren ("Egal welcher Nationalität ER angehört")
- "Gesunde Jungen" (Geeignet für Fahrradtouren und Zeltlager)
- Keine "Stubenhocker" (echt kernige Jungs, keine Bücherwürmer)
- Jungen, die sich "gemeinsam getroffenen Entscheidungen UNTER-ORDNEN"! (Also wenn Zeltlager angesagt ist wird mitgefahren! Oder bist Du doch ein "Stubenhocker"? Na also hopp!)
- Jungen, die ihre Zeit unter Jungen verbringen wollen. Mit Mädchen kann Mann ja auch nichts anfangen.
- Also "echte" Jungen, die Freunde suchen auf die mann sich verlassen kann.

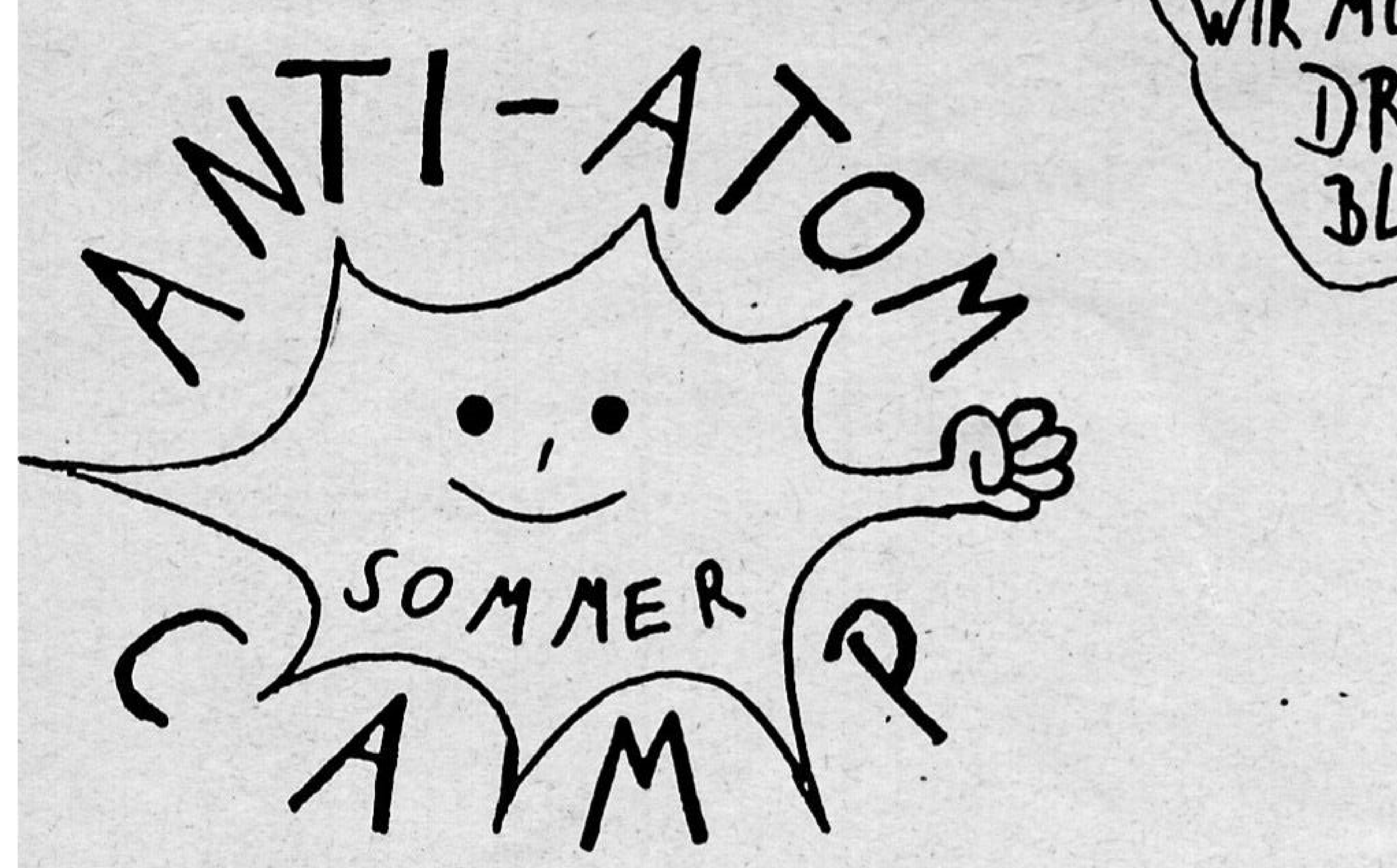
WAS WIRD GEBOTEN?
- Eine "unpolitische Gruppe". ("Der Alltag ist politisch!" grummelt es aus den vergangenen Zeiten linken Bewußtseins. Und Selbstbestimmung? Kein politischer Begriff?)
- Freizeitaktivitäten.(Fein, nie mehr Langeweile.)
- "Eine lustige, interessante Zeit".(Na denn, immer lustig Jungs!)

AUFNAHMEKRITERIEN:
- Ein "zuverlässiger Teil der Gruppe" muß Junge schon werden.
- Und was "Kameradschafsgeist" ist, sollte er schon/noch wissen.

Leider ist das hübsche Kriterium "Ehrlichkeit" nich aufgeführt. Das könnte auch etwas zwiespältig sein,wenn bedacht wird, daß die frisch fröhliche kleine Kameradschaft sich den Namen "Edelweiß" gibt.
Bei unverbesserlichen Leserättinnen klingt das irgendwie nach Antifa.

Also Jungs! Lasst Euch nicht verarschen und sagt ganz selbstbestimmt "Nein oder Hayir."

Gruß Laura Salmann



WIR MÜSSEN LEIDER DRAUSSEN BLEIBEN!

5. - 15. AUGUST 1991 in GEDELITZ
bei Bauer Wiese

mitzubringen sind – Schlafsack, Zelt, Besteck, 3DM Tag/Nase Unkostenbeitrag, ansonsten, wie immer, Selbstverpflegung + Programmgestaltung gemeinsam!

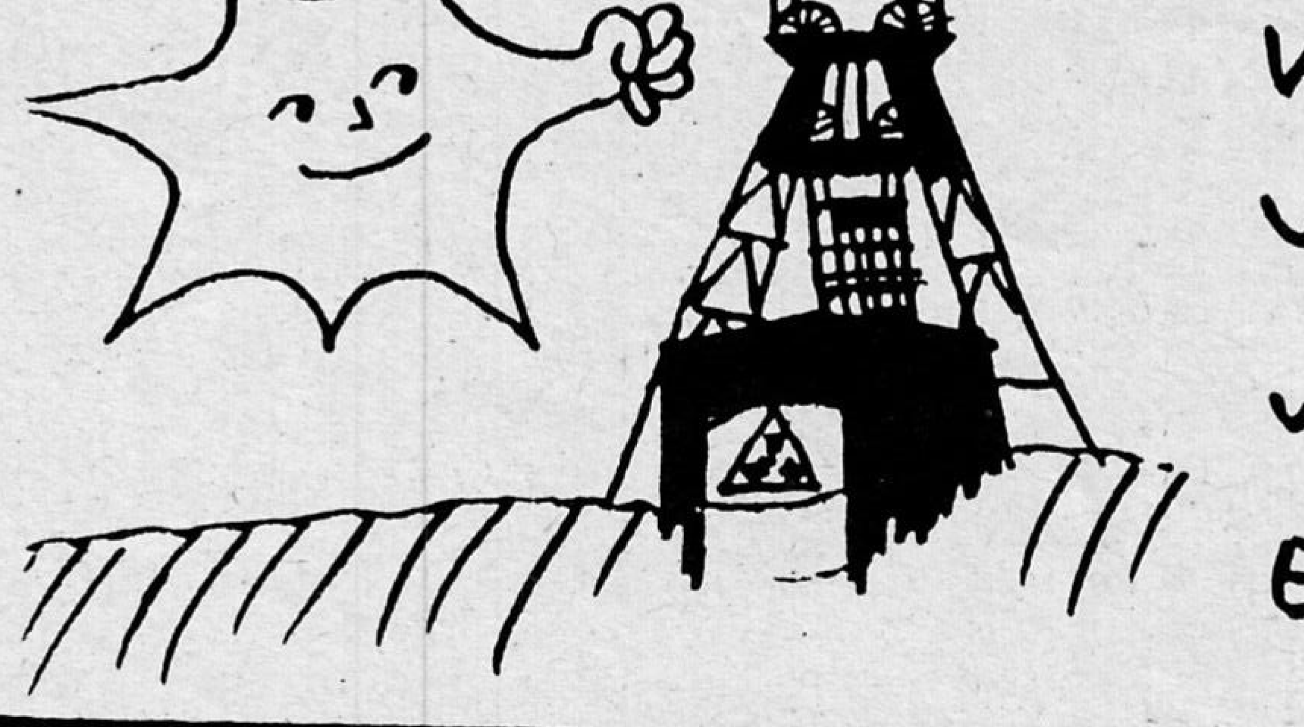
Geplante AG's und Info's zu:

Gorleben – Morsleben – Wismut – Schacht Konrad – Niedrigstrahlung – Mutationen – Atommüll-Transporte – Atomgesetz – Ökodorf-Projekte – Windrad – Sonnenkocher – Müllausstellung –

Am 6. 8. um 8[00] Blockade vor dem Zwischenlager

Spendenkonto: KSK Gartow
25851335 – 302322706

Telefon Info: 05846 – 766



Kommt zahlreich und voller guter Ideen...
wir freuen uns auf Euch... bis bald!

PARADOX

TÄGLICH GEÖFFNET
VON 16[00] – 5[00]

SPEZIAL

FREITAG
AKTION + MUSIK

SAMSTAG
MUSIK MANIAC CLUB
HARDCORE, HIPHOP, INDEPENDENT

SONNTAG
KIEZKÜCHE → WARMES ESSEN FÜR 3,-MARK

58
REICHENBERGER
OHLAUER
LAUSITZER
WIENER

MITFAHREN?


Im Prinzip ist alles möglich : für 2Monate mitfahren, für 2 Wochen, 2 Tage, die Caravane in einer Stadt besuchen... Wie gesagt, es gibt noch ein paar freie Busplätze. Am sichersten wäre es allerdings, wenn Ihr eine eigene Fahr möglichkeit organisiert.

Einzige Bedingung ist das Interesse und die Bereitschaft, sich an der Organisation zu beteiligen : das politisch-kulturelle Programm mitgestalten, den Alltag organisieren (Kochen, Kinderbetreuung, Zelt auf- und abbauen, 1. Hilfe, Tippen, Übersetzen,...)

Los geht's am 10.August, d.h. 5 Tage vor offiziellem Programmbeginn, um noch Zeit für die letzten Vorbereitungen zu haben .

Für alle BerlinerInnen, die Lust haben, mitzufahren gibt es ein Vorbereitungstreffen

FREITAG 2.8.91 19 30 UHR
INFOLADEN WALDEMARSTR.36 1/36



STOP EUROPE '92

DIE IDEE

Die Idee zur Caravane entstand letztes Jahr auf einem internationalen Infoladentreffen. Es gab das Bedürfnis, nicht nur mehr oder weniger schlau daher zu reden und Papiermassen zu verbreiten, sondern auch praktisch etwas zu tun : mehr vom Alltag anderer mitkriegen, ein Stück gemeinsamen Widerstand (er-) leben.

Es war ziemlich schnell klar, daß E'92 und der Widerstand dagegen das Motto der Caravane sein wird: das ist der Punkt, mit dem wir alle in den unterschiedlichen Ländern konfrontiert sind. Sei es in Holland der § 140, der wie in der BRD der 129 a zur Kriminalisierung weiter Teile des Widerstands dienen soll, seien es die AusländerInnengesetze, die für MigrantInnen und Flüchtlinge in allen europäischen Ländern gleich miese Bedingungen schaffen oder dee europaweite Repression gegen den Häuserkampf.

Wir wollen mit unserem Programm durch verschiedene europäische Städte ziehen, Veranstaltungen zu Flüchtlingspolitik, Knast und Struktur der EG machen., nicht zu vergessen ein kulturelles Programm. Von den Städten soll es eigene Veranstaltungen geben, die sich auf E'92 beziehen.

DIE VORBEREITUNG

Während der Vorbereitung zeigte sich, daß die "europäische" Caravane hauptsächlich eine nordeuropäische sein wird. Nur die wenigsten konnten es sich leisten, alle paar Wochen zu einem Treffen zu fahren, daß irgendwo weit weg stattfindet.
Es zeigte sich auch, daß es schwer ist, unter diesen Bedingungen mehr als inhaltliche Texte vorzubereiten. D.h., unsere Veranstaltungen existieren bisher nur auf dem Papier und in unserer Phantasie.
Insgesamt ist es erstaunlich und motivierend, was schon alles organisiert ist und erschreckend, wieviel noch fehlt.
Das sind vor allem tausend Kleinigkeiten.

URLAUB ?

Der Gedanke liegt nahe, daß es sich bei dem Projekt nur um einen geschickt getarnten Urlaub einer Gruppe von Leuten handelt, der über Spendengelder finanziert werden soll. Gewiß spielt dieser Aspekt bei den MitfahrerInnen auch eine Rolle : Urlaub als Ausbrechen aus dem Alltagstrott mit Maloche, 1-Zimmer-Wohnklo und allgemeiner Perspektivlosigkeit. Statt dessen : 2 Monate gemeinsamen Alltag organisiern, mit den unterschiedlichsten Menschen andere Lebensformen ausprobieren und kennenlernen, gemeinsam reden, auf neue Ideen kommen.
Ein Stück weit ist die Caravane ein Experiment, ein Versuch , die die verschiedenen Erfahrungen zusammenzubringen und - vielleicht- etwas Neues zu entwickeln. Es ist klar daß wir - entgegen unserem Motto - das vereinigte Europa nicht aufhalten werden. Aber vielleicht entwickeln sich neue Ansätze einer Zusammenarbeit gegen das Projekt der HERRschenden.
Wir werden deshalb auch versuchen, unsere Erfahrungen so gut es geht weiter zu geben: Städteberichte, Reader mit gesammelten Protokollen, Videos ? Es ist jedoch im Moment noch nicht ab zu schätzen, ob wir genügend Energie für all das aufbringen können.
Also : haltet Augen und Ohren offen, informiert Euch, seid solidarisch, auch wenn Ihr nicht mitfahrt.
Eine breite Unterstützung - überall - ist wichtig für die Sicherheit und damit für die Durchführbarkeit der Caravane.
Wenn wir irgendwo angegriffen werden, brauchen wir Unterstützung aus und in vielen, vielen Städten.

DIE CARAVANE

Nun etwas mehr konkrete Infos :
Es gibt einen Bus mit 40 Plätzen, Der ist bis jetzt noch nicht voll. Die Verteilung der übrigen Plätze ist jedoch nicht geregelt, d.h. irgendwelche Kriterien für die Platzvergabe gibt es nicht. Im Zweifelsfall also rechtzeitig anmelden.
Der genaue Preis pro Person gehört leider zu den Dingen, die noch nicht feststehen. Der Bus kostet 250,- mark pro Platz (für 2 Monate, für kürzere Strecken entsprechend weniger)
Dazu kommt noch Essen (VoKü) und sonstiger Kleinkrem.
Es gibt ein Zelt für ca. 400 Leute für Veranstaltungen, Pennplätze etc. In den Städten gibt es zumindest ein paar Pennplätze.

Anlaufstellen in den Städten sind die Infoläden (Adressen siehe unten) Für Spanien und Euskadi gibt's bisher noch nichts, werden aber noch veröffentlicht.

DAS PROGRAMM

An dieser Stelle sollte eigentlich ein genaues Programm stehen, was wann wo statt findet. Aus technischen Gründen hat's jedoch nicht geklappt. Deswegen hier nur eine kurzer Überblick.



15.8 - 22.8.	LEIDEN, DEN HAAG, ROTTERDAM
24.8. - 27. 8.	DORTMUND
29.8. - 1.9.	RHEIN - MAIN - GEBIET
4.9. - 7.9.	WIEN
10.9. - 12. 9.	VENEDIG
13.9. - 19. 9.	MAILAND
21.9. - 24.9.	BERN
26.9. - 3.10.	LYON
5.10. - 7.10.	BARCELONA
10.10. - 15.10.	DONOSTIA, BILBAO

Bei den ersten drei Stationen gibt es schon ein festes Programm mit Demos, Feten, Kundgebungen, Veranstaltungen, Stadtrundfahrten.
In Mailand ist zu der Zeit ein dreitägiges Fest mit verschiedenen politischen Gruppen / Organisationen.
Mehr aktuelle Infos gibt's in Holland im Infoladen Assata (s. Adressen)

EINLADUNG.........EINLADUNG.......EINLADUNG......EINLADUNG.....

Wir wollen im September mit euch zusammen ein Straßenfest in Kreuzberg machen unter dem Motto:"Solidarität mit den politischen Gefangenen weltweit!" und euch deshalb zu einem Vorbereitungstreffen am Samstag, den 10. August um 14 Uhr im Laden in der Falckensteinstr. 46 in Kreuzberg 36 einladen.
Wir sind auf die Idee gekommen, als wir uns vor ein paar Wochen mal zu Mehreren zusammengesetzt haben, um zu überlegen, was wir hier in Berlin der seit Monaten laufenden Hetze gegen die politischen Gefangenen in der BRD entgegensetzen können.
Mit dem Hungerstreik 89 gelang es den Gefangenen, die gesellschaftliche Diskussion auf die Situation in den BRD-Knästen zu lenken. Es gab bis ins liberale Spektrum hinein eine große Akzeptanz der Forderung nach Zusammenlegung.Das, was für uns hier draußen total selbstverständlich ist, nämlich uns mit den Menschen treffen zu können, mit denen wir zusammen was machen wollen, die uns wichtig sind, ist für die meisten der Gefangenen aus RAF und Widerstand selbst nach all den langen Jahren, die sie schon im Knast sind, unmöglich.
Seit März ´91 läuft verstärkt gegen die Gefangenen aus der RAF eine Medienhetze Mit Lügengeschichten über RAF im Knast - Zellensteuerung - AnwältInnen als Kuriere - RAF als Marionette des Stasi..., die systematisch über WELT, SPIEGEL, TAZ etc. verbreitet werden, soll eine erneute Kriminalisierung der AnwältInnen, Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen vorbereitet und eine Entsolidarisierung ereicht werden. Jetzt ganz aktuell soll der Anwalt von Heidi Schulz von allen Verfahren ausgeschlossen werden, ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ist bereits eingeleitet. Heidi Schulz, Ingrid Jacobsmeier, Christa Eckes und Sieglinde Hofmann, die seit dem Hungerstreik ´89 in einer Kleingruppe in Köln-Ossendorf ein paar Stunden am Tag zusammen sein konnten, sind in einer Blitzaktion wegen einer angeblich bevorstehenden Befreiungsaktion in die Hochsicherheitsabteilung nach Bielefeld-Brackwede verlegt worden. Die erkämpften Verbesserungen der Haftbedingungen (im letzten Hungerstreik) werden immer weiter zurückgenommen. Es wird sogar wieder über die Anwendung der Kontaktsperre laut nachgedacht. Das zeigt, in welche Richtung es geht.
Der Angriff gegen die politischen Gefangenen ist e i n Teil der insgesamt laufenden ideologischen und militärischen Abrechnung mit der Linken weltweit. Daher ist es notwendig, Momente kontinuierlicher politischer Praxis zu entwickeln, Möglichkeiten und Perspektiven aufzuzeigen, wie wir auf die Situation in den Knästen aufmerksam machen können. Dafür soll das Straßenfest ein "Anfang" sein. Wir dachten, so ein Fest ist mal was anderes als eine Kundgebung oder Demo, zumal wir von Anfang an im Kopf hatten, daß es nicht nur um die Gefangenen in der BRD gehen soll, sondern auch um die Gefangenen in der Türkei/Kurdistan, Spanien, Palästina, Lateinamerika, Italien, Frankreich, Südafrika, USA etc., also ein internationalistisches Straßenfest zusammen mit allen Menschen in dieser Stadt, die aufgrund ihrer eigenen Geschichte ein solidarisches Verhältnis zu den politischen Gefangenen haben, nicht nur zu denen in ihren Herkunftsländern.
Überall auf der Welt kämpfen Frauen und Männer für Selbstbestimmung und Befreiung und aus diesem Grund werden auch überall Menschen verfolgt, gefoltert, ermordet, eingesperrt.... Auch wenn die Kampfbedingungen und Kampfformen in den jeweiligen Ländern andere sind und es viele Fragen gibt, haben wir erst mal ein grundsätzlich solidarisches Verhältnis zu den Bewegungen und den Gefangenen aus diesen Kämpfen.
Die politischen Gefangenen sind wichtige Genossinnen und Genossen, die best. Erfahrungen gemacht haben und mit denen wir zusammen eine Diskussion und Auseinandersetzung über unsere politische Analyse und Praxis wollen. Dafür müssen wir meist erst die Voraussetzungen schaffen, d.h. ganz konkret durchsetzen, daß die politischen Gefangenen in großen, selbstbestimmten Gruppen zusammen sein können. Deshalb ist der Kampf um Zusammenlegung nicht nur für die Gefangenen, sondern auch für uns hier draußen so wichtig.

Ganz konkrete Ideen für das Straßenfest sind bis jetzt:
- Infostände zu den versch. Ländern , dem Widerstand, den Gefangenen
- internationale kulturelle Beiträge
- Puppentheater
- evtl. Theaterstück
- Ausstellung von Bildern, die pol. Gef. gemalt haben, Gedichte
- Videos, Filme, Dias
- Grußbotschaften von Gefangenen aus versch. Ländern
- die Kinder dürfen auch nicht zu kurz kommen
- und essen und trinken wird es ja sowieso geben....

Toll wäre natürlich, wenn euch oder uns zusammen noch was ganz Außergewöhnliches einfallen würde...!
Wir werden in Zukunft viel mehr zusammen diskutieren und praktisch anpacken müssen, wenn wir Abschiebungen verhindern und dem tagtäglichen Rassismus und Faschismus unseren Widerstand entgegensetzen wollen - das Straßenfest kann ein Schritt in diese Richtung sein.

Zum Schluß noch ein Gedicht von Susan Rosenberg (übersetzt), einer politischen Gefangenen aus den USA aus dem weißen antiimperialistischen Widerstand:
"Funkenflug"

Eine Stille, die tief innen erschauert
ein Frösteln, das in der Mitte der Trockenheit aufkommt
eine innere Wut durch und durch, die sich langsam in Zorn wandelt.

Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit
es gibt keine Gerechtigkeit ohne Freiheit ...

Im Terminkalender kurz vermerkt

Alle einig: „Das Fest steigt"

Riesen-Sause am 7. September im Millerntor-Stadion geplant
Hafenstraße, JU und St. Pauli-Präsidium contra Bezirksamt

Di. 30.7. Film: Ein Stahlwerk wird abgewickelt im Kino im KOB, Potsdamer Str.157 20.30 Uhr

Fr. 2.8. Film: Roger and me im Kino im KOB 20.30 Uhr
Daheim sterben die Leut 22.30 Uhr

Dance-Party in der Köpenicker Str.137 ab 22.00 Uhr

Sa. 3.8. Film: Roger and me im Kino im KOB 22.30 Uhr
Daheim sterben die Leut 20.3o Uhr

Do. 8.8. Veranstaltung: Zur Situation von ImmigrantInnen in Italien im EX, Gneisenaustr. 2a 20 Uhr

Fr. 9.8. Veranstaltung: Zur Situation von ImmigrantInnen in Italien in Babylonia, Cuvrystr. 24

Hella von Si... dem Fest eing... hat auch schon zuge...

Mariann... ne... ars

Das sagen die Anwohner





Ilse Larsen (83) ist eine alte Paulianerin: „Ich bin Krach ... wöhnt. So ruhig wie früher is... hier sowieso nicht mehr. An ... Straße kann man sich doch ... nicht mehr unterhalten. M... stört zwar, wie die Jugend r... läuft, nicht aber die Musik, ... sie hört." Foto: CLAUS

HAFENSTR. LIVE-SAMPLER



LIVE AUS DEM STØRTEBEKER-ZENTRUM, HAMBURG. 13 STÜCKE MIT U.A. SNUFF, EA 80, VERBAL ASSAULT. INCL. CA. 40 SEITEN BEIHEFT, MIT VIEL INFORMATION UND VIEL BILD.
HAFEN BLEIBT. WENN SCHON NICHT FÜR IMMER, DANN WENIGSTENS FÜR EWIG!

Ab 1. September '91

FISCHCORE + BUBACK TONTRÄGER, BUTTSTR. 50, 2000 HAMBURG 36 ODER ÜBER EFA

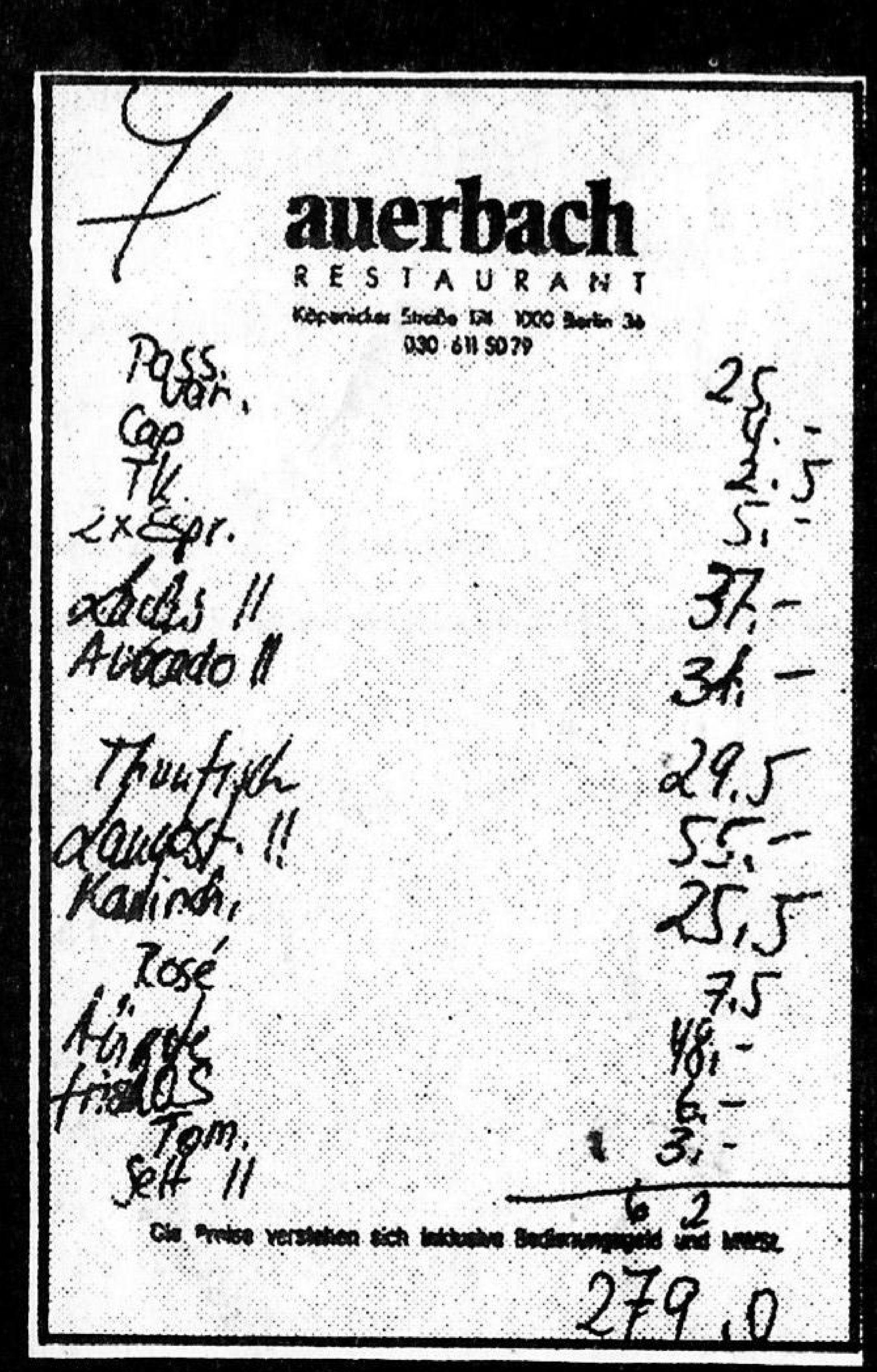
NEUHEIT BEIM ANTIFA-INFO-TELEFON!

Durch den Ankauf neuer Technologie haben wir den Sprung ins nächste Jahrtausend vorbereitet.
Wir haben jetzt einen Anrufbeantworter!!!
Wir sind also rund um die Uhr erreichbar.Besetzt ist das Telefon Samstags von 16-22 Uhr.
Wenn Ihr etwas Genaues wißt über: Faschistische Überfälle, Aktivitäten und Strukturen von Faschos oder wichtige Antifa-Termine durchgeben wollt, ruft uns an. Der Anrufbeantworter wird täglich von uns abgehört.Meldungen und Termine, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, sprechen wir auf das Ansageband.Wichtig fänden wir es auch, wennIhr uns Termine über Abschiebungen bzw. Gegenaktionen melden würdet.

das Antifa-Info-Telefon West Berlin

Es geschah in einem Lokal in der Köpenicker Straße in Kreuzberg

Das sind die drei Rechnungen der Zechpreller, die eine ganz, ganz miese Tour ritten

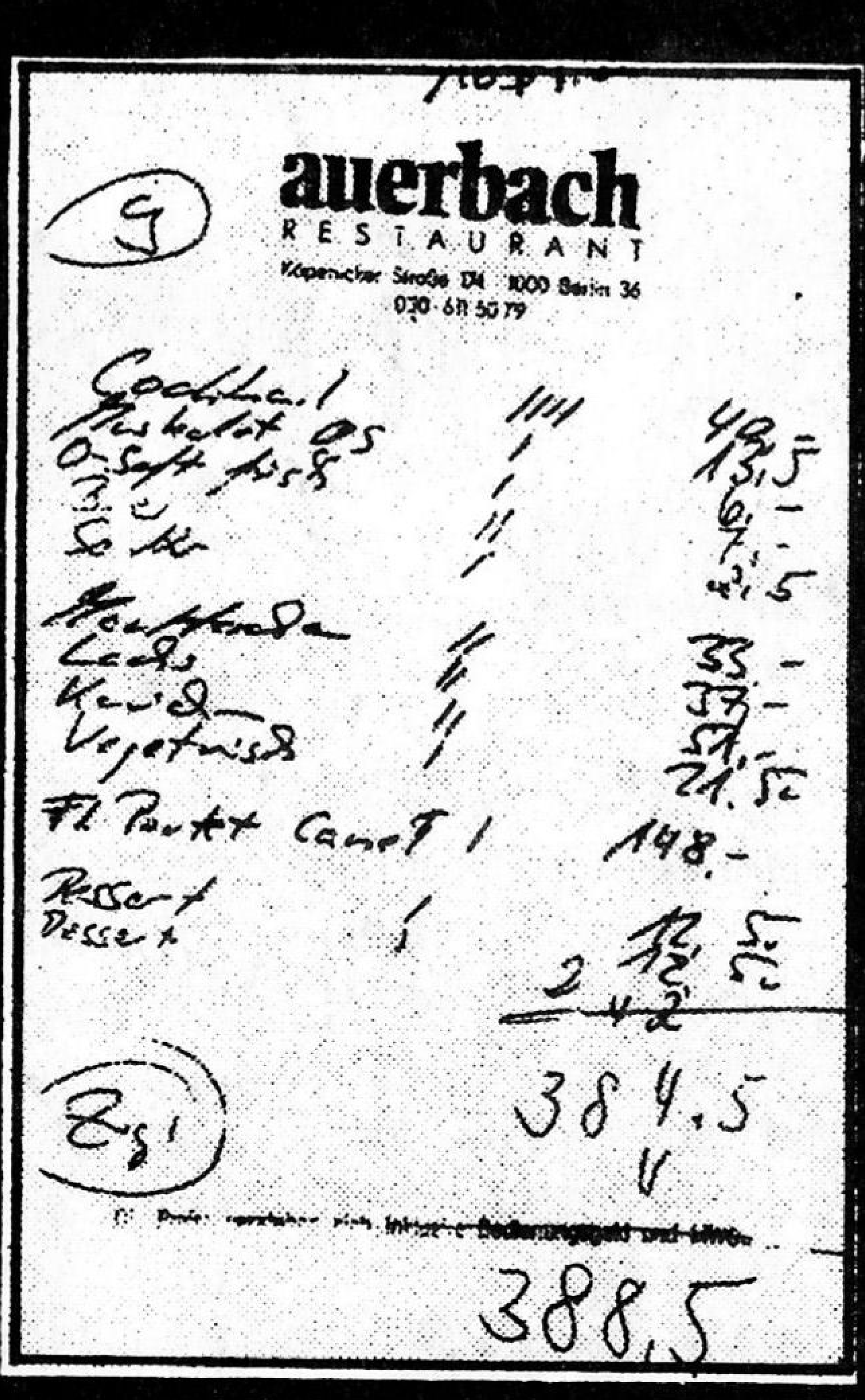


7

auerbach
RESTAURANT
Köpenicker Straße 174 · 1000 Berlin 36
030 · 611 50 79

279,0

An Tisch 7 futterten und tranken die Zechpreller für insgesamt 279 Mark



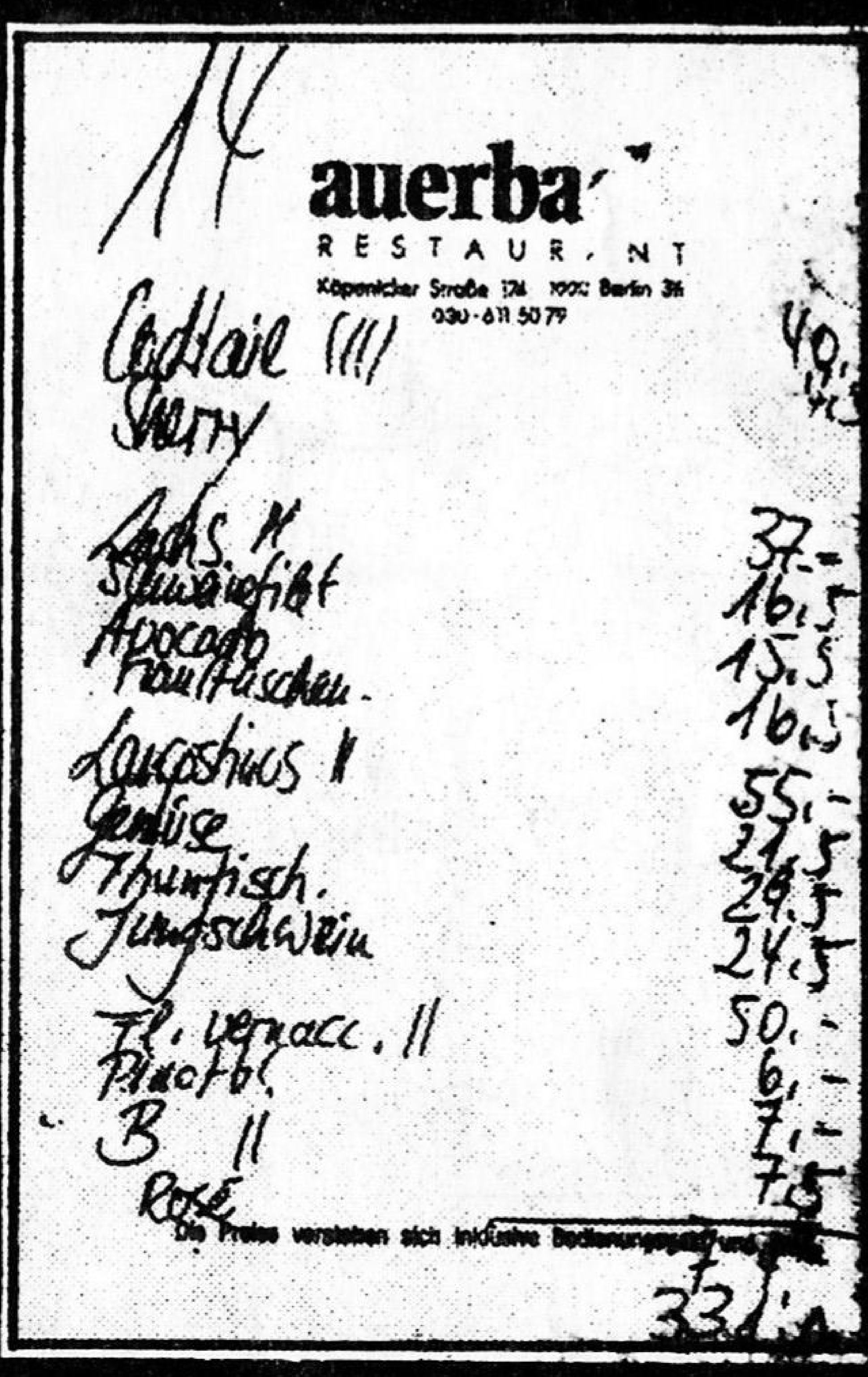
9

auerbach
RESTAURANT
Köpenicker Straße 174 · 1000 Berlin 36
030 · 611 50 79

384,5

388,5

An Tisch 9 ließen sich die Gäste Maultaschen, Wein für 388,50 Mark servieren



14

auerbach
RESTAURANT
Köpenicker Straße 174 · 1000 Berlin 36
030 · 611 50 79

Die Preise verstehen sich inklusive Bedienungsgeld und MwSt.

An Tisch 14 wurden Cocktails, Jungschwein und Lachs für 331 Mark bestellt